

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe **Anlage 2** auf, Antrag der Fraktion der CDU - Kapitel 14 050, Titel 663 60 neu, Stichwort: Förderung des Eigenheimbaus. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN **Drucksache 11/2910** auf, und zwar **Anlage 1** - Kapitel 14 050, neuer Titel, Stichwort: Wohnungspolitischer Interventionsfonds für Kommunen und Kommunalverbände. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN **Anlage 2** auf, und zwar Kapitel 14 050 Titel 893 60, Stichwort: Förderung des Wohnungsbaus für Einkommensschwache, ausländische Familien und Alleinerziehende. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

(B)

Wir kommen damit zur Beschlußfassung über den **Einzelplan 14**, und zwar entsprechend der Beschlußempfehlung **Drucksache 11/2814**. Wer dieser Beschlußempfehlung, nämlich den **Einzelplan 14** in zweiter Lesung anzunehmen, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Der Beschlußempfehlung ist entsprochen, der **Einzelplan 14** in zweiter Lesung **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 6** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 05: Kultusministerium

und weise auf die Beschlußempfehlung **Drucksache 11/2805**, die Änderungsanträge der Fraktionen DIE GRÜNEN und schließlich auf die Entschließungsanträge der Fraktion der F.D.P. hin.

(C)

Ich eröffne die **Beratung** und erteile als erster Rednerin der Abgeordneten **Philipp** für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Abgeordnete Philipp (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt wird saniert, die Schule geht bankrott!

(Zustimmung bei der CDU)

Jeder, der vermutet, diese Aussage stamme vom Philologenverband, der irrt. Sie könnte es zwar sein, sie könnte auch von uns stammen, aber weit gefehlt. Diese Beurteilung, meine Damen und Herren, stammt von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB,

(Minister Schwier: Das ist doch keine Entschuldigung!)

der man nun wirklich keine Nähe zu uns unterstellen kann, da sie zu großen Teilen aus SPD-Mitgliedern besteht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zahlreiche Damen und Herren der SPD-Landtagsfraktion gehören dieser Gewerkschaft an und werden das sicherlich bestätigen.

(D)

Diese Aussage der GEW zeigt, daß niemand zu einer anderen Beurteilung kommen kann, der sich mit dem Kienbaum-Gutachten und dem vorliegenden Haushalt ernsthaft beschäftigt hat.

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin Philipp, ich unterbreche Sie einmal. Ich möchte die Herren bitten, doch die Plätze einzunehmen.

Abgeordnete Philipp (CDU): Allerdings können wir von der CDU nicht der gesamten Aussage zustimmen, sondern lediglich der zweiten Hälfte. Es muß nicht heißen: Der Haushalt wird saniert, die Schule geht bankrott. Sondern: Die Schule geht bankrott, und der Haushalt ist trotzdem nicht saniert!

(A) (Philipp [CDU])

(Zustimmung bei der CDU)

Aus vielen Diskussionen wissen wir nämlich inzwischen alle, daß der Finanzminister auch den Haushalt des Kultusministers schreibt, daß die abenteuerliche Finanzsituation des Landes Nordrhein-Westfalen demnächst darüber entscheiden wird, was in diesem Land in unseren Schulen noch an Bildung laufen wird. Das halten wir für unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß unsere Kinder die verfehlte Finanzpolitik der vergangenen 25 Jahre nun ausbaden müssen. Es kann doch wohl auch nicht wahr sein, daß das Unterrichtsangebot, der Lehrerberuf, die Unterrichtsverteilung - kurz: alles, was Unterricht und Bildung ausmacht - nur und ausschließlich von der Formel bestimmt werden: Bedarf ist, was bezahlbar ist!

(Beifall der Abgeordneten Reinhardt [Siegen] [CDU])

(B) Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß demnächst auf der Basis des Bruttoinlandproduktes Kürzungen im Bildungsbereich stattfinden werden, erhält das Faktum, daß Nordrhein-Westfalen 3,5 % unter dem Durchschnitt aller Bundesländer liegt, eine weitere dramatische Bedeutung. Damit wird sich nämlich die Situation in unseren Schulen erheblich zuspitzen.

Noch gestern hat Frau Ministerin Brunn seitens der Landesregierung - ich zitiere - "vom Anspruch auf bestmögliche Bildung" und vom "Grundstock Qualifikation" gesprochen. Ich frage die Landesregierung, ob das gestern Gesagte heute noch gilt. Ich frage sie, ob sie ernsthaft der Ansicht ist, daß der jetzt vorliegende Haushalt bei den sich schon am bildungspolitischen Himmel abzeichnenden schulpolitischen Gewittern, wenn alle Maßnahmen wirklich so umgesetzt werden, wie sie die SPD bisher verkündet hat, dem - ich wiederhole - Anspruch auf bestmögliche Ausbildung unserer Kinder gerecht wird. Ich kann das jedenfalls nicht glauben und meine Fraktion auch nicht.

Meine Damen und Herren! Um die eindeutige Prioritätensetzung dieser Landesregierung und der SPD-

(C)

Fraktion deutlich zu machen, lassen Sie mich nur auf die Ungleichbehandlung der Schulformen bei der Verteilung der Neueinstellungen von Lehrern aufmerksam machen.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD - Abgeordneter Schaufuß [SPD]: Jetzt kommt die Gesamtschule wieder!)

- Ihnen paßt das nicht, wenn man hier die Wahrheit sagt. Aber Sie werden sie sich anhören müssen, und bei der Bevölkerung werden Sie die Ungleichbehandlung begründen müssen!

(Zustimmung bei der CDU - Lebhaftes Zurufe von der SPD)

In den Bereichen Hauptschule, Realschule und Gymnasium werden bei rund 1 200 Pensionierungen nur je 50 - Sie haben richtig gehört: nur je 50 - Einstellungen vorgenommen, während die Gesamtschulen sich auf 1 248 neue Lehrer freuen dürfen.

(Abgeordneter Schaufuß [SPD]: Die sind doch im Aufbau!)

Ich halte diese einseitige,

(Abgeordneter Schaufuß [SPD]: Elternwille! - Weitere Zurufe von der SPD)

(D)

völlig ungerechtfertigte Bevorzugung für einen Skandal.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Schaufuß, Sie wissen doch genausogut wie ich, daß die Zahlen an den Gymnasien ebenfalls steigen.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Was?)

- Das wissen Sie nicht? Dann müssen Sie sich erkundigen! - Die Zahlen steigen auch an den Realschulen. Und sie steigen, man höre und staune, selbst an den Hauptschulen, wenn ich mich einmal auf Köln beziehe. Sie müssen sich mit den neuesten Zahlen vertraut machen!

Niemand wird darauf gekommen sein, daß der Mini-

(A) (Philipp [CDU])

sterpräsident, der in seiner ersten Regierungserklärung noch den fundamentalen Ausspruch "Die Schule ist für die Schüler da" tat, damit nur die Schüler der Gesamtschule gemeint hatte. Ich bin gespannt, wie er das den Eltern und Lehrern z. B. der Hauptschulen und der Realschulen begreiflich machen will. Seien Sie doch ehrlich und sagen Sie, was die SPD in ihrem Antrag sagt, der am kommenden Wochenende beraten wird,

(Abgeordneter Schaufuß [SPD]: Montag!)

was im Klartext heißt: "Wir stampfen die Hauptschule ein!"

Dann müssen Sie den Eltern der Realschulkinder auch die Wahrheit sagen, daß sie nämlich diese, noch bei Kienbaum positiv bewertete Schulform ebenfalls einstampfen wollen, wenn Sie denn dem Antrag von Ostwestfalen/Lippe, der das Zwei-Säulen-Modell Gesamtschule/Gymnasium propagiert, folgen wollen, das, wie wir alle wissen, nur als Durchgangsstadium zu ihrem Endziel, einzig und alleine Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen zu haben, dienen soll.

(B) Sagen Sie das ehrlich und offen, und sagen Sie dazu, daß ein Gymnasium mit mehr als 60 % Schülern eines Jahrgangs kein Gymnasium mehr ist, sondern eine Gesamtschule zweiter Klasse.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Eine Gesamtschule de luxe!)

Meine Damen und Herren, wir haben in der Sondersitzung am 29. November mehr als deutlich gemacht, daß für uns die Unterrichtserteilung nach Stundentafel oberste Priorität hat. Darin sind wir uns auch mit dem Kienbaum-Gutachten einig.

Wie ernst diese Landesregierung das Kienbaum-Gutachten nimmt, das haben wir allerdings an unterschiedlichen Stellen schon erfahren. Ich denke jetzt an die Tatsache, daß die Kollegscheule Regelschule werden wird, daß Sie weiter am 10. Pflichtschuljahr festhalten, und so weiter, und so fort.

Konnten wir in den vergangenen Etatberatungen wenigstens das vergebliche Bemühen der SPD-Fraktion erkennen, die Landesregierung mit Minimalforde-

(C) rungen durch Anträge zu korrigieren, so haben Sie sich in diesem Jahr nicht einmal der Mühe einer exakten Haushaltsplanberatung unterzogen. Mit Hinweis auf den noch zu erwartenden Nachtragshaushalt haben Sie nicht einen einzigen eigenen Antrag gestellt, dafür aber alle anderen Anträge stereotyp abgelehnt.

Auch die F.D.P. hat keine Anträge gestellt. Statt dessen hat sie erklärt - ich kann das verstehen -, sie arbeite nicht für den Papierkorb; denn alle Anträge der Opposition in diesem Hause werden sowieso immer abgelehnt. Insofern brauche ich die Diskussion von heute morgen nicht zu wiederholen.

Es ist natürlich auch nicht wahr, was der Ministerpräsident noch in seiner eigenen Regierungserklärung bzw. in der Aktuellen Stunde sagte, daß nämlich Lehrerinnen und Lehrer von Lehrerschelte ausgenommen würden und natürlich die Sanierung nicht auf dem Rücken der Kinder stattfinden dürfe. Die jetzt unter dem irreführenden Titel "Effizienzsteigerung" veröffentlichten Maßnahmen strafen ihn Lügen.

Ich will gleich hinzufügen: Hier wird immer wieder behauptet, in anderen Bundesländern sei das ähnlich. Das ist einfach nicht wahr. Ich nenne einmal die durchschnittlichen Kursfrequenzen: Baden-Württemberg 14,7, Bayern 15,9, Hessen 17,0 - die profitieren noch von der CDU -, und in den anderen Ländern liegt der Durchschnitt bei 16,2. Wir gehen auf 19,5, wie Sie wissen. Ich mache an diesem Beispiel deutlich, daß es einfach so ist: Wo die CDU das Sagen hat, ist es einfach besser. Das ist so, und das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

(D) Zweitens, meine Damen und Herren, stampfen Sie den zweiten Bildungsweg ein. Sie behaupten zwar heute noch, es träfe nur die Abendrealschulen, aber im Antrag des SPD-Landesvorstandes, dem ja einige Damen und Herren dieses Hauses angehören, steht bereits, daß Sie auch vor dem Abendgymnasium nicht haltmachen werden.

Und auch hier drücken Sie sich vor der Wahrheit. Statt dessen nähren Sie immer noch im großen Stil Hoffnungen, obwohl Sie wissen, daß Sie das, was Sie

(A) (Philipp [CDU])

sich einmal wünschen und versprochen, schon längst nicht mehr leisten können.

Nach wie vor verkünden Sie die Integration Behinderter in Regelschulen. Können Sie mir einmal sagen, wie Sie einen zweiten Lehrer bezahlen wollen, wenn Sie nicht einmal den ersten Lehrer haben, um in einer Klasse zu unterrichten?

(Beifall bei der CDU)

Hätten Sie nämlich das Geld für diesen ersten Lehrer, würden keine 300 000 Unterrichtsstunden in der Woche ausfallen. Sie sollten das den Eltern ehrlich und offen sagen und nicht weitere Hoffnungen wecken.

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin, ich muß Sie auf das Ende der Redezeit hinweisen.

Abgeordnete Philipp (CDU): Ich komme zum Schluß. Aber Sie haben mir durch Ihre Intervention am Anfang auch mindestens eine Minute weggenommen; das muß ich einmal sagen. Aber ich beeile mich.

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Aber das war zu Ihren Gunsten!

Abgeordnete Philipp (CDU): In seiner Antritts-Regierungserklärung hat der Ministerpräsident erklärt, es gäbe einen inhaltlichen Schwerpunkt unserer Schulpolitik in den kommenden Jahren, und zwar die Ausweitung der ganztägigen Angebote. Sie müssen heute sagen, daß Sie sie nicht bezahlen können und daß Sie noch jemanden suchen, der für Sie die Finanzen zur Verfügung stellt.

Im übrigen darf ich mit einem letzten Satz noch auf etwas hinweisen, das ebenfalls bei Kienbaum zu finden ist und dem wir uns voll anschließen: Unterricht hat Vorrang auch vor Ganztagsbetrieb. Ich empfehle allen, die Feststellungen im Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 10. April 1991 zu lesen. Da ging es um die Versetzung von Lehrern einer

(C)

Realschule an eine Gesamtschule zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Ganztagsbetriebs. Das wurde mit folgender Begründung abgelehnt - ich zitiere -:

Die teilweise und zeitlich begrenzte Einschränkung dieses Betriebs führt weder zu einer Gefährdung des staatlichen Bildungsauftrags, der auch an Schulen ohne Ganztagsbetrieb erfüllt wird, noch zu Ausfall von Unterricht, der zur Sicherung der Schullaufbahn konstituierend ist.

(Abgeordneter Schaufuß [SPD]: Was wollen Sie denn damit beweisen?)

Das heißt: Sie werden sich in Zukunft nicht mehr ausschließlich darauf beziehen können, daß Gesamtschulen grundsätzlich oder in der Regel - was bei Ihnen, da Sie die Regel festsetzen, "grundsätzlich" heißt -

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Was, das wollen Sie über Versetzungen regeln?)

in Ganztagsform zu führen sind. Wir werden das ja am Beispiel Düsseldorf noch einmal diskutieren können.

Ich komme zu meinem letzten Satz.

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin Philipp, jetzt muß Schluß sein.

Abgeordnete Philipp (CDU): Unsere Anträge zum Haushalt haben Sie wie immer abgelehnt. Diesem Haushalt kann man weiß Gott nicht guten Gewissens zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Frey für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Frey (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht vor, auf den ganzen wirren Wust der Frau Philipp einzugehen.

(A) (Frey [SPD])

Eigentlich wollte ich meine Rede unter das Motto "In der Kürze liegt die Würze" stellen. Dennoch muß ich etwas zu der Milchmädchenrechnung, die Sie hier stets in bezug auf die Gesamtschule anstellen, sagen.

Für den Uninformierten hört sich das zunächst einmal ganz schlimm an: Die Gymnasien bekommen nur 100 Stellen, die Gesamtschulen über 1 000 Stellen. Nur: Sie verschweigen dabei ganz einfach, daß es sich bei der Gesamtschule um eine expandierende Schulform, also um eine Schulform handelt, die im Aufbau begriffen ist

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

und insofern für die jeweils zuwachsenden Jahrgänge auch zusätzliche Stellen braucht. Die Gymnasien sind alle schon vorhanden. Hierin liegt doch der entscheidende Unterschied. Ich bitte Sie wirklich, von dieser Milchmädchenrechnung einmal Abstand zu nehmen.

Aber ich glaube, mit der Mathematik nehmen Sie es ohnehin nicht so genau. Sie haben in einer der letzten Sitzungen einmal erklärt: 17 000 plus 5 000 ist 25 000. Ich meine, bei diesem Unterrichtsstoff wäre der Ausfall dieser Stunde durchaus sinnvoll.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Deshalb möchte ich darauf jetzt auch nicht im einzelnen eingehen, sondern Ihnen nur sagen: Sie bringen zu Kienbaum überhaupt keine konkreten Vorschläge,

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

außer einem schlichtweg reaktionären Konzept, das sich in keiner Weise dieser offenen pluralistischen Gesellschaft stellen will.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Frey, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Abgeordneter Frey (SPD): Nein, ich lasse keine Fragen zu. Frau Philipp hat genug geredet.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Wenn Sie beklagen, daß das Gymnasium mit einer 60%igen Übergangsquote kein Gymnasium mehr sei, müssen Sie auch sagen, wie Sie das verhindern wollen. Wollen Sie Quoten einführen, sozusagen per Erlass festlegen, daß 20 % der Kinder ins Gymnasium gehen dürfen?

(Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

An diesem Punkt wird schon sehr deutlich, daß Sie in der Tat nicht mehr ein konservatives, sondern ein regelrecht reaktionäres schulpolitisches Konzept vertreten,

(Beifall bei der SPD)

das mit der Frage der Schulorganisation überhaupt nichts zu tun hat.

(Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

Nun zur Sache, zum Haushalt!

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

- Frau Philipp hat auch kaum über den Haushalt geredet. Sie hat dieses Forum mißbraucht,

(D)

(Widerspruch bei der CDU)

um ihre Thesen vorstellen zu können.

Man muß einmal eines sehr deutlich feststellen: Die Situation des Einzelplans 05 ist grundlegend anders als die aller anderen Einzelhaushalte, weil die Landesregierung angekündigt hat, zum Einzelplan 05 im ersten Viertel des nächsten Jahres einen Nachtragshaushalt einzubringen. Deswegen hat die SPD auch auf Anträge verzichtet und stimmt dem Entwurf in der Form, wie er vorgelegt wurde, zu. Wir werden unsere politischen Akzente in der Beratung des Nachtragshaushalts setzen, weil in diesem Nachtragshaushalt die haushaltmäßigen Konsequenzen aus dem Handlungskonzept der Landesregierung gezogen werden.

Aus diesem Grunde werden wir auch zu den vorliegenden Anträgen der Opposition nicht Stellung nehmen. Es gibt durchaus vernünftige Anträge darunter;

(A) (Frey [SPD])

andere können wir nicht akzeptieren. Darauf werden wir im Rahmen der Nachtragshaushaltsberatung zurückkommen.

All dies ist der Opposition bekannt gewesen. Dennoch tut sie so, als wüßte sie es nicht. Die Oppositionsparteien stellen trotzdem Anträge, über die dann in rituellen Prozeduren abgestimmt wird, obwohl jeder weiß, daß es sich fast um Gespensterveranstaltungen handelt. Da muß ich wirklich fragen, ob wir uns trotz aller Kontroversen nicht wenigstens auf effektive parlamentarische Verfahren einigen können. Sie wollen es offensichtlich nicht. Nun gut, dann müssen wir eben dieses Ritual durchführen, obwohl jeder weiß: Erst im Nachtragshaushalt wird die entscheidende Akzentsetzung für das nächste Schuljahr 1992/93 vorgenommen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Meine letzte Bemerkung gilt dem Entschließungsantrag der F.D.P., Stichwort: Abendrealschule. Ich sage vorweg: Die Abendgymnasien stehen auch langfristig überhaupt nicht zur Disposition. Alle gegenteiligen Meldungen sind falsch. Auch hat der zitierte SPD-Antrag eine ganz andere Formulierung. Und ich prophezeie einmal, daß dieser Antrag in dieser Form gar nicht beschlossen wird. Also: Das Abendgymnasium steht überhaupt nicht zur Disposition.

(B)

Aber zur Abendrealschule! Dazu gibt es von der F.D.P. einen ganz tollen Antrag. Die F.D.P. hatte noch in der Sondersitzung Anträge gestellt, mit denen sie mit der bildungspolitischen Dampfwalze über das Schulsystem hinweggerollt ist. Lehrerprivilegien sollten abgeschafft werden, überflüssige Schulangebote sollten abgeschafft werden, und so weiter und so fort. Jetzt lese ich einen Antrag, der von der Abendrealschule X oder Y hätte genauso geschrieben werden können. Das ist doch wirklich der Gipfel des Opportunismus, den Sie sich hier leisten.

Sie wissen ganz genau, daß es nicht um die Abschaffung des Angebots geht, sondern daß es ganz simpel um eine Veränderung in der Organisationsform geht, um die Konkurrenzsituation auszuhebeln und zu erreichen, daß wir dieses Angebot in einem Weiterbildungssystem zur Verfügung stellen können, das ohne nutzlosen Verschleiß entsprechend umgesetzt werden

kann.

Ich muß wirklich sagen: Es ist erschütternd, was Sie sich an zynischem Opportunismus leisten, nur weil Sie meinen, Sie könnten bei Betroffenen Punkte gewinnen.

Ich wage auch hier zu prophezeien, daß diese Art der Politik derart entlarvend ist, daß nun jeder darauf kommt; dazu muß er gar nicht im Landtag sitzen oder sehr stark politisch engagiert sein. Wir können also die Diskussion sehr gut bestehen.

Ich sehe gerade Herrn Kollegen Vesper. Er hat einmal - es war im Wissenschaftsausschuß - eine sehr schöne Geschichte gebracht, die ich hier wiederholen darf. Wenn ich diesen Antrag hier lese, liebe Damen und Herren von der F.D.P., dann muß ich sagen: Als Löwe gesprungen, als Bettvorleger gelandet. - Danke schön!

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Reichel für die Fraktion der F.D.P.

(D)

Abgeordneter Reichel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das letzte Zitat, Herr Frey, war sicherlich ganz nett; aber das war auch der Teil Ihrer Rede, der eindeutig nicht von Ihnen stammte. Ich kannte das.

(Beifall bei der F.D.P.)

Was den Kultusetat angeht, so kann man wirklich nur sagen: Er war Makulatur, als er hier vorgelegt wurde, und er ist es bis zum heutigen Zeitpunkt geblieben.

Da veranstalten wir hier im Landtag Aktuelle Stunden, veranstalten Sondersitzungen. Da kündigt die Landesregierung Konsequenzen aus dem Kienbaum-Gutachten an, erst der Presse, aber dann letztendlich auch uns im Landtag. Sie kündigt das alles an, und nichts, aber auch gar nichts findet davon einen Niederschlag in dem Haushalt, der uns jetzt zur Beratung zugemutet wird. Das, meine Damen und Herren, kann nun wirklich nicht sein. Diesen Haushalt sollte

(A) (Reichel [F.D.P.]

der Kultusminister zurücknehmen. Er hat hier ganz offensichtlich seine Hausaufgaben nicht erledigt.

Dies sieht inzwischen offensichtlich auch die Mehrheitsfraktion ein. Als ich in der vorletzten Sitzung des Schulausschusses diesen Haushaltsentwurf als Makulatur bezeichnet habe, löste dies bei der Mehrheitsfraktion noch Empörung und Entsetzen aus - nach dem Motto: Wie können Sie es wagen, eine Vorlage, die jetzt hier Gegenstand der Haushaltsberatung ist, so zu diskreditieren und als Makulatur zu bezeichnen!

(Zurufe von der SPD)

In der nächsten Sitzung des Schulausschusses erklärte Frau Kollegin Fischer, inzwischen ja zur Berühmtheit gelangt, daß die SPD-Fraktion keinen Antrag stelle, weil die eigentlich wichtige Vorlage, die politisch wichtige Vorlage für Schulangelegenheiten ja erst in einem Nachtragshaushalt komme.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.]

(B) Also das, worüber wir dort im Schulausschuß zu diskutieren hatten, ist wirklich pure Makulatur. Das sehen Sie offensichtlich auch so, und Herr Frey, in dem Teil Ihrer geschätzten Ausführungen, den Sie mit den Worten "Ich komme jetzt zur Sache" überschrieben haben - dies war nur ein Teil Ihrer Ausführungen -, haben Sie das noch einmal ganz genauso wie Frau Fischer hier beschrieben.

Das läßt wirklich nur einen Schluß zu: Dieser Kultushaushalt ist nicht verabschiedungsreif. Er unternimmt nämlich nicht einmal den Versuch, irgendein Problem an unseren Schulen zu lösen. Er schreibt die Mangelverwaltung fort. Es bleibt bei der ungerechten Verteilung der Lehrer auf die verschiedenen Schulformen.

Frau Philipp hat das ja völlig zu Recht hier nochmals dargestellt: 150 Lehrer insgesamt im ganzen Land für Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, bei zeitgleich 1 080 Pensionierungen, und 1 200 Einstellungen an Gesamtschulen.

Das kann doch wohl wirklich nicht wahr sein, als Konsequenz aus Kienbaum. Nicht nur, daß Sie sich

(C)

nicht bemühen, die Verhältnisse zu verbessern, nicht nur, daß die Verhältnisse zumindest einmal so bleiben, wie sie heute sind, sondern sie werden weiter verschlechtert - an Hauptschulen, an Realschulen und an Gymnasien. Das muten Sie uns mit diesem Haushalt hier zu.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das wirklich überzeugende Argument von Herrn Frey, daß man ja bei Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien Lehrer abzieht, damit sie entsprechend an Gesamtschulen eingestellt werden können, das wirklich überzeugende Argument ist dann: Weil es ja Gymnasien schon gibt, müssen die dort abgezogen werden.

(Zurufe von der SPD - Abgeordneter Hilgers [SPD]: Mein Gott! In der Mathematik ist die Meinungsfreiheit begrenzt. - Gegenrufe von der F.D.P. und der CDU)

Also, das fand ich nun wirklich bemerkenswert: An allem, was es schon gibt, wird abgezogen, und für zusätzliche neue Gesamtschulen, die sich ja durch bessere Effizienz auszeichnen und besonders kostengünstig sind - wie wir alle aus dem Kienbaum-Gutachten gelernt haben -, werden dann diese Mittel eingesetzt. Das ist wirklich Absurdität in Reinkultur.

(D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Hier wurde vorhin eingeworfen, der Elternwille sei ja so. Ich empfehle Ihnen wirklich etwas weniger selektive Wahrnehmung. Niemand ist gegen die Eltern, die sich an Gesamtschulen mehr Lehrer wünschen, weil ihre Kinder dort hingehen. Aber ich kann nicht einsehen, daß es eine faire Politik sein soll, dem Wunsch dieser Eltern nur dadurch nachzukommen, daß man den Kindern aller anderen Eltern die Lehrer an den Schulen, für die sie sich entschieden haben, abzieht. Für alle, die sich in Nordrhein-Westfalen nicht dafür entscheiden, an sozialdemokratischen Kultureinrichtungen unterrichtet zu werden, sind dann nur noch Reste übrig. Dort werden Lehrer abgezogen. Das ist keine seriöse und keine faire Politik.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Widerspruch bei der SPD)

(A) (Reichel [F.D.P.])

Dies alles wird uns zugemutet in einer Situation, in der es eigentlich notwendig wäre, Vertrauen in die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen zurückzugewinnen, dem öffentlichen Eindruck eines Scherbenhaufens mit politischem Gestaltungswillen zu begegnen.

Ich spiele hier gar nicht auf den Inhalt des Kienbaum-Gutachtens an; ich spiele jetzt in erster Linie einmal auf die Konzeptionslosigkeit an, mit der die Landesregierung darauf reagiert. Da erinnere ich mich noch gut an den zentralen Satz in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema Kienbaum-Gutachten, in dem er erklärt hat, was für ihn Grundsanie- rung bedeute. Sie bedeutet - wörtliches Zitat -:

Es geht nicht um eine Grundsanie- rung der Ver- hältnisse an unseren Schulen, sondern darum, daß die Gleichung wieder stimmt.

Eine wirklich bemerkenswerte Erkenntnis! Und dafür haben Sie ein so aufwendiges Gutachten gebraucht?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

(B) Also, deutlicher kann man die Konzeptionslosigkeit der Landesregierung, die Hilflosigkeit, mit der sie den Problemen an unseren Schulen gegenübersteht, kaum auf den Punkt bringen als durch diesen Satz des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das eigentlich Schlimme an dieser Konzeptionslosig- keit ist ja, daß Ihnen jetzt nichts mehr übrigbleibt, als willkürlichen Bildungsabbau zu betreiben, beispiels- weise mit dem Abbau und der Schließung der Abend- realschulen.

Man hätte ja über das Thema Doppeltangebote auf dem zweiten Bildungsweg schon reden können. Aber Abendrealschulen zu schließen, ohne auch nur im Ansatz zu erklären, wie Sie denn zukünftig sicher- stellen wollen, daß Menschen in Nordrhein-Westfalen Schulabschlüsse auch zu einem späteren Zeitpunkt nachholen können, und wie das Land dieses sicher- stellt und nicht die Kommunen: dieses nicht einmal zu versuchen, verehrter Herr Kultusminister, ist eine unverantwortliche Politik. Dagegen regt sich mit

Recht im ganzen Land Widerstand.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und nun muß man Ihnen ja eines lassen: Sie haben in Ihren Reihen durchaus Leute, die den Kontakt zur Wirklichkeit nicht ganz verloren haben. Da ist zum Beispiel der Kollege Mernizka, der in einer Siegener Zeitung dieser Tage erklärte und unmißverständlich formulierte, daß man bei der SPD auf dem Bildungs- weg doch dabei sei, "eine irre Politik zu praktizie- ren".

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Sehr gut!)

Ich begrüße wirklich den Realitätssinn dieses Abge- ordneten. Er wird jetzt wahrscheinlich einen Verein mit Herrn Radtke aufmachen, der sich vor einigen Wochen schon ähnlich geäußert hat.

Ich begrüße allerdings weniger, daß sich Abgeordnete der Mehrheitsfraktion in ihren eigenen Wahlkreisen hinstellen und sich gegen die Auflösung der Abend- realschulen aussprechen,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(D) aber hier im Landtag eine Regierung mittragen, die die Schließung der Abendrealschulen bereits beschlos- sen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das ist eine absolut unseriöse Politik.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das ist zynischer Opportunismus!)

Das trägt zur Glaubwürdigkeit von Politik nicht bei.

Herr Frey, Sie haben vorhin den Begriff "Opportunis- mus" verwandt. Hier haben Sie ein schönes Beispiel dafür!

Die Möglichkeit, sich im Landtag zu Ihren heldenhaf- ten Äußerungen vor Ort zu bekennen, werden wir Ihnen allerdings bieten. Wir werden nämlich beantra- gen, daß unser Antrag auf Erhalt der Abendrealschu-

(A) (Reichel [F.D.P.]

len hier im Landtag namentlich abgestimmt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will einen allerletzten Satz zu den Anträgen der GRÜNEN sagen. Das ist mir wichtig, weil uns die GRÜNEN im Ausschuß sehr stark dafür kritisiert haben, daß wir keine Einzelanträge gestellt haben.

Die GRÜNEN haben eine Fülle von Anträgen gestellt, die sich im einzelnen ja gar nicht schlecht lesen. Aber Sie haben nicht einem einzigen Sparvorschlag zugestimmt, nicht einmal dem, die PR-Mittel des Kultusministers zu kürzen. Sie haben hier ein Verhältnis zu Steuermitteln, Frau Kollegin Schumann, zum Ausdruck gebracht, wozu ich wirklich nur sagen kann: Für Sie geht es offensichtlich nur um Spielgeld.

(B) Eine solche unseriöse Politik machen wir nicht mit. Zu einer Haushaltsberatung, die halbweg glaubwürdig sein soll, gehört es, daß derjenige, der an einer Stelle gibt, auch sagt, wo er an anderer Stelle nimmt. Nehmen Sie sich ein Beispiel an der im Grundsatz in den letzten Jahren immer durchgehaltenen Linie der F.D.P.-Fraktion, der Linie nämlich, die heißt: Dieses Land soll weniger für die Subventionierung seiner Vergangenheit ausgeben. Es soll umschichten und mehr ausgeben für die Investitionen in die Zukunftsbereiche von Bildung und Wissenschaft. Eine solche Linie läßt sich glaubwürdig durchhalten. Vielleicht halten Sie sich in den zukünftigen Haushaltsberatungen daran. - Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Reichel. - Wenn wir hier gerade im Präsidium Ihre Rede richtig mitverfolgt haben, haben Sie den Antrag auf namentliche Abstimmung zu dem Entschließungsantrag der F.D.P. gestellt.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Für die dritte Lesung!)

- Die dritte Lesung findet ja heute nicht statt, nur damit das klar ist!

(Zurufe von der F.D.P.)

- Nein, wir können heute über den Antrag nicht abstimmen, weil wir uns vorher darauf verabredet haben, daß die Entschließungsanträge zum Schluß des Verfahrens abgestimmt werden, also bei der dritten Lesung - damit das für das Plenum klar ist. - Schönen Dank.

Nächste Wortmeldung von Frau Schumann für die Fraktion DIE GRÜNEN. Bitte sehr!

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es bringt nicht sehr viel, hier mit lauter Stimme zu reden wie meine Vorrednerinnen und Vorredner. Die Sachen sind ziemlich deutlich und einfach, und man kann sie auch, ohne die Stimme zu strapazieren, erzählen.

Die Sache sieht so aus, daß wir uns tatsächlich in einer bildungspolitischen Wendezeit befinden. Sie ist allerdings nicht erst heute eingeleitet worden, sondern schon vor vielen Jahren unter der Hand von der SPD.

Jetzt soll sie durch das Kienbaum-Gutachten legitimiert und öffentlich exekutiert werden. Die SPD ist keine Alternative in diesem Prozeß. Der Beitrag von Herrn Frey enthielt vieles an Döneken und Ablenkungsmanövern und war im wesentlichen nicht seriös.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!)

Was allerdings die CDU und die F.D.P. hier gesagt haben, empfiehlt sie eben auch nur verbal als Opposition; die Beratungen sahen ganz anders aus.

Frau Philipp, Sie haben einen exzellenten Einsparvorschlag gemacht und wetteifern dauernd mit der Landesregierung um Einsparungen. Sie sind sich lediglich uneins darin, wo eingespart werden soll. Daß Sie die kw-Vermerke, wie auch schon im letzten Jahr, gestrichen haben wollen, gibt doch Ihrer Politik noch kein Profil.

Sie wissen selber, wie hier die meisten oder eigentlich alle, daß diese Stellen nicht gestrichen werden können, weil sie gebraucht werden. Sie können den

(C)

(D)

(A) (Schumann [GRÜNE])

Schulen, und zwar allen, die es zur Zeit gibt - der Grundschule, der Hauptschule, dem Gymnasium, der Gesamtschule und der Realschule sowie den berufsbildende Schulen, die hier von Ihnen nicht erwähnt wurden - nur helfen, indem Sie Lehrereinstellungen deutlich fordern. Davon war weder im letzten Jahr noch erst recht nicht in diesem Jahr die Rede. Sie wollen in ADV mehr investieren, aber die Fortbildung der Lehrer streichen. Ihre Formel heißt: mehr Technik, aber weniger qualifiziertes Personal. So sieht das aus.

(Zurufe von der CDU)

Und die F.D.P., die hier auch versucht, sich als Opposition darzustellen, hat gerade in einer so entscheidenden Phase keinen Vorschlag gegen das Rationalisierungskonzept der Landesregierung und der SPD.

Denn eins ist klar: Wenn die SPD jetzt noch nicht mit Anträgen gekommen ist, dann hat das halt den Hintersinn, daß man die Landesregierung erst einmal die Kahlschlagpolitik machen läßt und dann das Ganze abbildert und ein paar Stellen als Dekoration ausbringt.

(B) Wir haben - wie im letzten Jahr - gesagt: Wir brauchen deutlich Neueinstellungen. Wir begründen diese eindeutig damit, daß das Lernen, und zwar jenseits dieser fürchterlichen Schulformdiskussion, wie sie hier von Opposition geführt wird, in den Schulen effizient gestaltet werden soll. Was das heißt, möchte ich einmal an eklatanten Fehlentwicklungen zeigen.

20 % organisierte Nachhilfe ist nötig, vor allem in der Sek I. Nicht mitgezählt sind die Hilfslehrerinnen der Nation, die Mütter, die tagtäglich den Kindern beistehen müssen, damit überhaupt noch etwas gelernt werden kann. Pro Woche werden tatsächlich 28 Millionen DM in die Nachhilfeindustrie investiert. Das sind erschreckende Zahlen und zeigt deutlich, daß die Schulen, und zwar durch die Bank, vom Gymnasium, das hier so herausgehoben wird, über Hauptschulen, Realschulen und sogar Gesamtschulen, nicht mehr in der Lage sind, den Schülerinnen und Schülern einen eigenständigen, sicheren Umgang mit den Lerninhalten und Lernmethoden zu vermitteln und - was mindestens genauso schlimm ist - den Sinn von Lernen

überhaupt klar zu machen.

Sie haben wahrscheinlich eine Schulzeit hinter sich gebracht, wo Sie noch durch Ordnungsmaßnahmen bzw. durch schlechte Noten angespornt werden konnten. Ich kann Ihnen von Schülerkarrieren erzählen, die durch nichts mehr korrigiert werden können, weil sich die Schüler durch schlechte Noten in keiner Weise angesprochen fühlen. Diese Schüler und Schülerinnen erreichen sie tatsächlich nur noch über die Inhalte, über das, was Sie überzeugend herüberbringen können. Wie gesagt: Das gilt für alle Schulformen. Deswegen bitte ich, diese elende Diskussion, die ideologisch geprägt ist, jetzt einmal zu lassen.

Was kann man aus diesen Untersuchungen lernen? Hurrelmann hat gesagt, bildungs- und schulpolitisch sei aus den Befunden ein dringlicher Bedarf an mehr innerschulischer Förderung abzuleiten, das hohe Ausmaß des privat finanzierten außerschulischen Nachhilfeunterrichts sei ein deutliches Warnsignal an Schulen und Kultusbürokratie, es zeuge von der Unfähigkeit des überwiegend staatlich verfaßten Schulsystems der Bundesrepublik, mit leistungsmäßig schwachen und gefährdeten Schülergruppen umzugehen.

Ich rede nicht von Unterricht schlechthin, ich rede auch nicht von den Besten. Ich rede wirklich als GRÜNE von denen, die drohen, aus diesem System massenhaft herauszufallen. Innerschulische Förderung ist gefragt. Hier sind Ganztagschulen ganz besonders wichtig. Und da sehen wir auf allen Seiten überhaupt nicht, daß unseren Vorstellungen gefolgt wird. Wo sind denn da, bitte schön, die Vorschläge von F.D.P. und CDU, in Ganztags so zu investieren, daß Schule wieder ein sozialer Bezugspunkt wird, der tatsächlich innerfamiliäre Instabilitäten korrigieren und auffangen kann?

Wo haben wir beispielsweise die Zustimmung für unsere Anträge gesehen, die sich mit der Situation der ausländischen Schülerinnen und Schüler befassen? Wir sehen immer mehr, daß ausländische Schüler Angst haben, in die Schule zu gehen, weil sie die Auseinandersetzungen in einem rassistischem Klima, das auch in den Schulen zum Teil herrscht, fürchten.

(Widerspruch bei der F.D.P.)

(C)

(D)

(A) (Schumann [GRÜNE])

- Ja, Sie müssen einmal die Zeitungen lesen, Sie müßten vielleicht einmal in die Schulen gehen.

(Zurufe von der F.D.P.)

- Es kann aber nicht schaden, Untersuchungen, die diese Beobachtungen an einzelnen Schulen bündeln, auch endlich zur Kenntnis zu nehmen. Das ist keine Hysterie.

Wir sagen: Hier müßte beispielsweise für die Lehrerinnen und Lehrer Fortbildung organisiert werden, damit sie Handlungskonzepte haben, um mit diesen Problemen auch so umzugehen, daß sie die Schule nicht nur als Belastung, sondern als Herausforderung annehmen können.

Hier sehen wir allerdings zur Zeit eine ungeheure Demotivierung für die Lehrerinnen und Lehrer. Die Aufträge, die an die Schulen ergehen, zuzüglich der indirekten Arbeitszeitverlängerung, die jetzt über viele Maßnahmen der SPD-Landesregierung erfolgen soll, werden eben dazu führen, daß die Schulen noch ineffizienter werden. Warum wollen Sie nicht erkennen, daß ohne Identifikation der Lehrerinnen und Lehrer keine tragfähige innere Schulentwicklung möglich ist?

(B)

Herr Kultusminister, der Bremer Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst hat seinen Lehrerinnen und Lehrern einen Brief geschrieben, den Sie sich einmal hinter den Spiegel stecken sollten. Da sagt er:

Es ist meiner Behörde seit längerem ein besonderes Anliegen, die Kommunikation und Kooperation sowohl in den Schulen selbst als auch zwischen den Schulen und der Behörde zu verbessern. Dies ist kein Selbstzweck, sondern eine wichtige Voraussetzung, die erfüllt sein muß, wenn Behörde und Schulen den Prozeß der Weiterentwicklung fördern wollen. Weiterentwicklung ist notwendig; denn die Gesellschaft ändert sich und damit zugleich Eltern und Kinder.

Das schreibt der Senator, und konkret bietet er den Schulen etwas an, nämlich ein Schulentwicklungsprogramm, das von Schulentwicklungsprozeßhelfern - sprich: Beraterinnen und Beratern, die in die Schulen gehen - gestützt werden soll. Diese Beratung vor Ort,

(C)

in den Schulen, ist für den einzelnen Lehrer und für die Kollegien notwendig, damit dort endlich etwas passiert. Wie gesagt: Es ist skandalös, wie Sie zur Zeit mit den Belastungen umgehen.

Integration wurde erwähnt. Ja, Integration wird hier in skandalöser Weise von der Landesregierung vernachlässigt, und von der SPD wird kein Finger gerührt, damit gemeinsames Lernen Behinderter und nicht Behinderter, nach der steigende Nachfrage besteht, tatsächlich in allen Schulen möglich ist.

Ich sage noch ein Wort zum zweiten Bildungsweg, weil er hier sehr viel Erwähnung gefunden hat. Natürlich ist es nicht zu leugnen, daß der zweite Bildungsweg nach den jetzigen Vorstellungen der Landesregierung abgebaut wird. Denn die kommunalen Weiterbildungseinrichtungen sind zur Zeit nicht in der Lage, ihr eigenes Angebot mit professionellen Kräften durchzuführen. Sie können es nur mit Honorarkräften. Wenn sie jetzt diesen Auftrag übernehmen sollen, muß eine 100%ige Finanzierung ganz klar gesichert sein. Ist das nicht gesichert - und das ist zur Zeit nicht gesichert -, entsteht ein Angebotsvakuum. Und das muten Sie genau den Menschen zu, meine Damen und Herren von der SPD, die entweder auf dem ersten Bildungsweg an den Institutionen gescheitert sind oder aber aufgrund ihrer Herkunft von vornherein auch im Bildungssystem benachteiligt waren.

(D)

Als GRÜNE treten wir entschieden für den Abbau von Bildungsbenachteiligung aller Menschen ein und fordern für sie das Recht, zu jedem Zeitpunkt ihres Lebens Qualifikationen und Abschlüsse zu erwerben.

Zu den bisherigen Vorschlägen der SPD-Landesregierung kann ich nur sagen, nach 25 Jahren SPD-Bildungspolitik kann man auch in diesem Bereich wirklich feststellen: Ist der Ruf erst ruiniert, regiert sich's gänzlich ungeniert.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Heidtmann [SPD]: Na, na, na!)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Schumann. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Schwier das Wort.

(A)

Kultusminister Schwier: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "Vom Staat wird Sparsamkeit im allgemeinen und Freigebigkeit im besonderen erwartet." Diese Einsicht hat ein britischer Premierminister schon vor vielen Jahren gehabt; sie bestätigt sich alljährlich hier. Es handelt sich um Anthony Eden, also mindestens einen Konservativen. Aber er hatte es dann mit einer anderen Opposition zu tun.

(Abgeordneter Reichel [F.D.P.]: Er ist aber auch nicht lange Premierminister geblieben!)

- Aber die Wahrheit gilt immer noch.

(Abgeordneter Schulz-Tornau [F.D.P.]: Die Wahrheit macht frei!)

- Sie macht nicht nur frei, sie macht auch weise, und manchen in der Opposition könnte sie vielleicht doch ein bißchen zum Nachdenken bewegen; ich will ja gar nicht Weisheit einfordern.

Frau Kollegin Philipp, die alte Masche lasse ich einmal weg. Aber jetzt will ich versuchen, eine ganz elementare Einsicht zu erzeugen.

(B) Wenn eine Schule voll ausgebaut von der ersten bis zur letzten Klasse schon existiert, dann wird am Ende eines Schuljahres aus dieser Schule eine Anzahl von Schülern entlassen und am Anfang des nächsten Schuljahres eine Anzahl von Schülern wieder aufgenommen. Im Normal- oder Idealfall ist die Anzahl der Ausscheidenden mit der Anzahl der Einzuschulenden nahezu identisch. Daraus resultiert, daß diese Schule zumindest keinen zusätzlichen Bedarf hat, wenn die Zahl der Lehrer in etwa gleich bleibt.

Handelt es sich aber um eine Schule, die noch im Aufbau begriffen ist, die alljährlich einen neuen Jahrgang - bei Gesamtschulen von mindestens vier Klassen - aufnimmt, ohne auch nur einen einzigen Jahrgang entlassen zu können, handelt es sich um andere Verhältnisse. Wenn wir dies wenigstens einvernehmlich feststellen, sind wir ja schon ein Stück weiter.

(Beifall bei der SPD)

Daß das an vielen Schulen so ist, werden Sie nicht

(C)

bestreiten. Deswegen gibt es auch Ungleichheit in der Zahl der Einstellungen an den einzelnen Schulformen, was nicht Ungleichheit in der Behandlung bedeutet.

Daß wir im übrigen aufgrund der von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zu neuen Berechnungen, zu neuen Schüler-Lehrer-Relationen kommen müssen und auch zugesagt haben, in einem Nachtragshaushalt das alles zu berücksichtigen, will ich hier nur noch einmal wiederholen. Eines würde mich allerdings schon interessieren, was denn die Opposition zu diesen Maßnahmen sagt; zu einer komme ich gleich.

Herr Kollege Reichel, einen Haushalt als Makulatur zu bezeichnen, in dem über 3 600 Einstellungen nicht nur von der Landesregierung - -

(Zuruf des Abgeordneten Reichel [F.D.P.])

- Entschuldigung, die bleiben doch und werden vorbereitet und vollzogen, darum brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.

Daß Frau Kollegin Schumann natürlich noch mehr haben möchte, das wußten wir immer schon. Nur - ich sage es noch einmal -, Ihr Verhältnis zum Geld ist ein überirdisches, das heißt, bezahlt wird im Himmel. Aber hier werden die Rechnungen und Überweisungen an unsere Lehrerinnen und Lehrer allmonatlich vorgenommen. Deswegen, will ich Ihnen ehrlich sagen, bin ich ganz froh, daß wir das machen, und zwar allein; sonst würde das mit der Rechnerei doch in ganz große Schwierigkeiten führen.

Aber nun zu den Abendrealschulen! Ich zitiere, damit Sie es noch einmal hören - denn gelesen hat es wohl kaum jemand -, aus dem Handlungskonzept der Landesregierung:

Übernahme der Aufgaben der Abendrealschulen durch die Einrichtungen der Weiterbildung

Wegen des vergleichbaren Kurs- und Abschlußangebots an den Einrichtungen der Weiterbildung werden die Aufgaben der Abendrealschulen auf Dauer von den Einrichtungen der Weiterbildung wahrgenommen.

(D)

(A) (Minister Schwier)

(Abgeordneter Schulz-Tornau [F.D.P.]: Auf Dauer, ja!)

Die angemessene finanzielle Beteiligung des Landes an dieser Aufgabe der Kommunen wird noch geklärt.

(Abgeordneter Schulz-Tornau [F.D.P.]: Das heißt doch, das ist ungeklärt!)

Aber, meine Damen und Herren, haben Sie sich eigentlich schon einmal so intensiv um die Sache gekümmert, daß Sie wüßten, daß heute schon mehr Abschlüsse - Hauptschulabschluß und Fachoberschulreife, also die Abschlüsse, die an Abendrealschulen vermittelt werden - an Volkshochschulen als an Abendrealschulen vermittelt werden?

(Abgeordneter Frey [SPD]: Die haben doch keine Ahnung, die wissen doch gar nichts!)

Daß es hier viel mehr Möglichkeiten und viel weiter über das Land verteilt gibt, hat Sie das schon mal interessiert? Haben Sie schon mal nachgesehen, daß es sich bei diesen abschlußbezogenen Kursen um eine Pflichtaufgabe der kommunalen Volkshochschulen handelt? Wenn Sie das wenigstens einmal festgestellt hätten!

(B)

Eines sage ich Ihnen:

1. Die jetzt in diesen Schulen Befindlichen sind eh nicht von irgendeiner Maßnahme betroffen.
2. Diejenigen, die einen solchen Abschluß erwerben wollen, werden das auch in Zukunft in Nordrhein-Westfalen tun können, und zwar an noch mehr Stellen als derzeit. Das heißt, wir werden dieses Angebot ausbreiten und leichter erreichbar machen.

Und ich sage noch einmal: Alle Ihre Versuche, sich an den Protest derjenigen anzuhängen - der immer geschieht, wenn Sie irgend etwas verändern wollen -, um damit ein bißchen Futter für was weiß ich zu sammeln, werden nicht gelingen. Denn die Weiterbildung, der zweite Bildungsweg, meine Damen und Herren, das ist und bleibt nicht nur eine Erfindung, sondern auch ein Herzstück sozialdemokratischer

Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kultusminister, gestatten Sie eine Frage von Frau Schumann?

(Minister Schwier: Ja, ich gestatte eine Frage!)

- Bitte!

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Herr Minister Schwier, können Sie die Frage beantworten, wer denn die Abendrealschüler und -realschülerinnen demnächst unterrichten soll? Sollen das hauptberufliche Lehrerinnen und Lehrer sein oder aber sozial nicht abgesicherte Honorarkräfte?

Kultusminister Schwier: Frau Kollegin Schumann, erstens wissen Sie, daß es an Volkshochschulen alle Sorten von Lehrenden gibt. Zweitens wird keiner der jetzt Beschäftigten durch eine solche Veränderung eine schlechtere Position haben. Drittens werden wir den Kommunen, wenn sie zusätzliche Kurse einrichten, bei der finanziellen Bewältigung helfen. Das steht alles in unserem Beschluß, darüber brauchen Sie sich weiter keine Sorgen zu machen.

(D)

Ich habe aber gelegentlich den Eindruck, daß Ihre Politik von den Interessen der Lehrerinnen und Lehrer bestimmt ist.

(Zuruf der Abgeordneten Schumann [GRÜNE])

Dagegen wäre nichts zu sagen, wenn Sie die Tatsache voranstellen würden, daß Schulen zuallererst für Kinder und Jugendliche da sind. Das soll auch so bleiben.

Lassen Sie mich abschließend folgendes sagen - ich habe es schon ein paarmal gesagt, aber manche Wahrheiten prägen sich vielleicht nur durch Wiederholen ein -: Wenn die Schulen in unserem Lande - die Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer - nur auf das hören würden, was von

(A) (Minister Schwier)

den Bildungspolitikern der Opposition im Landtag versprochen oder eingeklagt wird, würden sie tatsächlich den Mut verlieren. Aber da sie das zum Teil nicht hören, zu einem großen Teil auch nicht glauben, tun sie weiter ihre Arbeit. Die nordrhein-westfälischen Schulen können den Vergleich mit allen Schulen im Bundesgebiet und die Bundesrepublik insgesamt mit allen Nachbarn gut aushalten.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauer-
te [CDU]: Das hat der Herr Kienbaum aber
anders gesehen!)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kultus-
minister Schwier.

Meine Damen und Herren, wir sind mit der Beratung
des Blocks "Schule" des Einzelplans 05 am Ende.
Wir kommen jetzt zum Block "Kultur". Dafür darf
ich der Frau Kollegin Professor Möhrmann von der
Fraktion der CDU das Wort erteilen. Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU): Herr Präsi-
dent! Meine Damen und Herren!

(B) Am Anfang meiner Rede steht
der große Frust, der um sich geht.
Die SPD ist so vermottet,
daß es schon der Beschreibung spottet.

(Beifall bei der CDU)

Mal sagt sie hü, mal sagt sie hott,
doch immer ist's der alte Trott.

"Kultur für alle!" trällert sie
schon lang' die gleiche Melodie.
Doch wenn's drum geht, Geld vorzustrecken,
bleibt ihr das Lied im Halse stecken.

Kultur für alle, ich sag's rau(h):
die steckt in NRW im Stau.
Die Politik der SPD,
die macht nur miese, wie ich seh'.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Abgeordneter
Dr. Farthmann [SPD]: Noch'n Gedicht!)

(C)

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen
steckt in fast allen Bereichen tief in der Krise. Was
die Kulturpolitik angeht, so ist mein Unbehagen
grundsätzlicher Art. Es beginnt beim Kulturausschuß.

Tatsache ist, daß dieser Ausschuß immer mehr zur
Informationsbörse verkommt: Das Ministerium infor-
miert, der Ausschuß besichtigt, besucht und bestaunt -
ein schönes Gruppenbild mit Dame.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Das ist
doch schon mal was.)

Die kritische Wächterrolle, eine der zentralen Auf-
gaben der Opposition in der Demokratie, verliert
zunehmend ihre Funktion. Die Kontrollpflicht der
Parlamentarier entpuppt sich als Farce, als unver-
bindlich schöner Schein, als Scheinkontrolle, Schein-
demokratie. Die Abgeordneten im Kulturausschuß
dürfen bloß noch scheinen, das heißt: erscheinen.

"Ein schöner Ausschuß", hatte zu Beginn der Legisla-
turperiode der Kultusminister gelobt.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau
[F.D.P.]

"Wer einmal drin war, will immer wieder hinein, (D)
denn hier herrscht noch Harmonie." - Richtig!

Wir sind, mir scheint, zum Harmonieverein ge-
schrumpft, und wenn wir streiten, dann streiten wir
um des Kaisers Bart, denn des Kaisers Kasse ver-
walten andere. Die schwarze Kassetten steht fest unter
Staatsverschluß. Berühren für Parlamentarier streng-
stens verboten!

Kulturpolitik, meine Damen und Herren, wird zuneh-
mend anderswo gemacht. Das gilt besonders seit der
Gründung der großen Stiftungen, die die parlamenta-
rische Kontrolle weitgehend außer Kraft setzt.

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Daß durch
Stiftungen neue Geldquellen für die Kultur gefunden
werden, ist gewiß zu begrüßen. Nicht akzeptiert wird,
und darin ist man sich im Ausschuß weitgehend einig,
daß diese Vergabequellen am Parlament vorbeifließen.
Das gilt für die Stiftung Kunst und Kultur, für die
Filmstiftung, die NRW-Stiftung - die ja nicht bloß

(A) (Dr. Möhrmann [CDU])

Naturschutz- und Landschaftsstiftung ist, sondern gleichzeitig Kulturprojekte fördert -, für die Stiftung Moyland, die Stiftung Lesen, die Stiftung Preußenmuseum und andere. Dabei geht es nicht bloß um bescheidene Sümmechen, sondern um ein Finanzvolumen von rund 309 Millionen DM, von denen 45 Millionen aus den Haushaltsmitteln des Landes bestritten werden.

Die CDU kritisiert eine Kulturpolitik, die zunehmend aus dem Kultusministerium desertiert und bei der Millionenbeträge ohne jede parlamentarische Kontrolle verausgabt werden.

(Beifall bei der CDU)

Man sage nicht, daß die Rechtsform einer selbständigen Stiftung des privaten Rechts die parlamentarische Präsenz unterbindet. Wenn die Landesregierung eine solche Präsenz tatsächlich gewollt hätte, hätte sie auch Wege gefunden, um dies zu realisieren. Doch man will uns ja gar nicht. Kontrolleure sind Troublemaker, sind bloß unbequem. "Wer kritisiert, stört", erklärte der absolutistische Fürst - und schuf die Kritik ab.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Wir stehen kurz davor!)

(B)

Die Oppositionsparteien haben den Beschluß der Landesregierung, immer mehr Stiftungen, insbesondere die Filmstiftung, im Haushalt des Ministerpräsidenten zu etatisieren, nachdrücklich kritisiert; ebenso die Auslagerung des Kölner Filmfestivals aus dem Zuständigkeitsbereich des Kultusministers.

Mein Unbehagen an der Kulturpolitik der Landesregierung verstärkt sich - nicht nur meines übrigen. Alle Fraktionen im Ausschuß haben ihre unaufhaltsame parlamentarische Entmündigung energisch gerügt.

Doch wir sollen ja der Harmonieverein bleiben, der Ausschuß mit dem schönen Schein, das schmückende Alibi für eine Kulturpolitik, die anderswo gemacht wird.

Ich komme zum Unbehagen Nummer 2, ebenfalls einem grundsätzlichen, nämlich zum finanziellen Aufteilungsverhältnis der Kulturförderung zwischen Land und Gemeinden. "Kultur, Kunst und Wissen-

(C)

schaft sind durch Land und Gemeinden zu fördern", heißt es schlicht und ohne jedes Wenn und Aber im Artikel 18 der Landesverfassung. Die Wirklichkeit allerdings sieht anders aus. Das bezeugen die Kommunen. Denn die Verfassung ist diesbezüglich bloß ein Scheindokument, bloß Papier; jedenfalls ist das angeführte "und", das Gemeinden und Land zu gleichwertigen Förderungsinstanzen deklariert, in praxi völlig unverbindlich.

(Beifall bei der CDU)

Denn mehr als die anderen Bundesländer wälzt Nordrhein-Westfalen seinen Kulturauftrag an die Kommunen ab.

(Beifall bei der CDU)

Ganze 0,2 % des Landeshaushalts entfallen auf Kulturausgaben im engeren Sinne, und rund 5 % sind es in den Kommunalhaushalten. Die Gemeinden aber stehen durch die kommunalunfreundliche Haushaltspolitik der Landesregierung inzwischen am Rande ihrer finanziellen Belastbarkeit. Jeder Bürgermeister bestätigt das.

Damit komme ich zu unseren Anträgen. Ich möchte sie mit der Überschrift einleiten: "Plädoyer für die syntaktisch korrekte und semantisch genaue Bedeutung des Wortes 'und'" - oder, noch deutlicher: "Plädoyer zur Behebung des ministeriellen Analphabetismus"; denn es darf doch erwartet werden, daß die Landesregierung die Verfassung auch richtig liest.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Sie litt schließlich nicht unter Unterrichtsausfall.

(Minister Schwier: O ja, doch!)

Ein "und" ist ein "und", nicht ein "auch" oder "ein bißchen" oder "fast gar nichts".

Herr Minister, ich bitte Sie: Nehmen Sie unsere Verfassung ernst! Erfüllen Sie die Ihnen zugeschriebene Kulturaufgabe. Die Kommunen stehen am Rande ihrer Ressourcenkapazität. Immer mehr Theater müssen schließen, Bibliotheken können ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen, Museen ihrem pädagogischen

(A) (Dr. Möhrmann [CDU])

Auftrag nicht nachkommen.

Sagen Sie nicht, Sie hätten kein Geld. Es wird in dieser Regierung immer noch zu viel durch falsche Prioritätensetzung gerade in Ihrem Ministerium verschleudert. Die Gesamtschulen-Politik ist ein schreiendes Beispiel dafür: Eine Menge ließe sich gewinnen durch Umschichtung und bessere Koordinierung von Kulturausgaben, z. B. in der Restauratorenausbildung, in der Organisation von Festspielen und anderen Repräsentationsspektakeln, wie dem Medienforum, das meine Kollegen um die Hälfte billiger und das Doppelte besser gemacht hätten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich sehe: Meine Redezeit ist zu Ende. Ich habe mir aber überlegt: Was würde eigentlich passieren, wenn ich hier immer weiterreden würde? Würde man mich hinaustragen oder einfach - -

(Zurufe von der SPD)

- Ich kann nämlich sehr laut schreien. Aber ich bedanke mich.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

(B)

Vizepräsident Schmidt: Also, Frau Kollegin Möhrmann, wir haben gerade einmal gerechnet: Wenn alle ihre Redezeit jetzt noch ausnutzen, sind wir bei 21.30 Uhr. Ich denke, das müßte dann auch reichen.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Wenn die Reden alle so gut sind, ertragen wir das ja gerne!
- Beifall bei der CDU)

- Okay. Wir wollen einmal hören, Herr Kollege Arentz: Jetzt ist Herr Dr. Gerritz an der Reihe; er kann das sicher auch ganz gut. Ich erteile Ihnen das Wort, bitte schön!

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ton, Frau Möhrmann, ist in der Tat neu. Ich habe eine Weile darüber nachgedacht, wie darauf zu reagieren ist. Ich mache das einmal mit zwei Sätzen.

(C)

Ich biete Ihnen den Krach nicht an. Wenn Sie der Meinung sind, daß die Auseinandersetzungen im Kulturausschuß verschärft werden müssen - bitte sehr, das stört uns nicht, wenn die Argumente vernünftig über den Tisch geschoben werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Zweite Bemerkung! Die Art Ihrer Einführung hat mich geradezu irritiert. Mein Vorschlag wäre, für den Haushalt 1993 die Form des Couplets zu wählen; denn die Lyrik in ihrer so pur präsentierten Form war für meinen Geschmack, aber nicht nur für meinen, etwas zu mager.

(Beifall bei der SPD - Oh-Rufe von der CDU - Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das versteht nicht jeder! - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wohl ein Dichter?)

- Ich bin ja keiner, und ich habe festgestellt, daß es der Frau Möhrmann auch nicht so leicht gefallen ist, in die Poesie vorzudringen. Deshalb bleibe ich bei Prosa.

Meine Damen und Herren! Frau Möhrmann hat eine Reihe von Themen angesprochen, die den Kulturausschuß seit einiger Zeit in Anspruch nehmen, darunter auch das Thema der Stiftungen. Ich erinnere mich, Frau Professor Möhrmann, an die frühen 80er Jahre, als die CDU großen Wert darauf legte, daß diese Landesregierung in Sachen Stiftungswesen sich nun endlich einmal bewegt. Es hat hier bemerkenswerte Reden seitens der CDU-Fraktion gegeben, das Land möge solche Stiftungen gründen - und das Land hat solche Stiftungen gegründet. Sie haben einige genannt; Sie hätten noch einige hinzufügen können, z. B. die Rheinbraun-Stiftung für Archäologie.

(D)

Nur: Wir unterscheiden uns in Nordrhein-Westfalen beim Stiftungswesen - ich habe nichts dagegen, wenn man als Kulturpolitiker hier und da auch vom Stiftungsunwesen spricht - von den übrigen Ländern dadurch, daß wir, das Parlament, direkt - nicht durch seine indirekte Kontrollfunktion, sondern durch direkte Beteiligung, durch Abgeordnete - eine kontrollierende Chance haben, in diesen Stiftungen mitzuarbeiten, und es gelingt, durch unsere Beteiligung auch eine Koordination der Kulturstiftungen zu der Kultur-

(A) (Dr. Gerritz [SPD])

politik dieses Landes und der Kommunen zu erreichen. Darin unterscheiden wir uns sehr. Es ist eine große Merkwürdigkeit, daß nur ein nordrhein-westfälischer Parlamentarier in der Kulturstiftung der Länder zu Hause ist. Die CDU-Duodezfürsten - so sage ich einmal - haben sich strikt geweigert, überhaupt daran zu denken, einen Parlamentarier auf ihrem Ticket dort agieren zu lassen. Nur Nordrhein-Westfalen ist durch einen Parlamentarier vertreten.

Meine Damen und Herren! Haushaltsberatungen in diesen Jahren und auch in diesem Jahr gleichen einem Ritt über den Bodensee. Keiner ist sicher, nicht einzubrechen. Bevor noch die eigenen Beratungen in den Arbeitskreisen und in den Ausschüssen beginnen, geht, zumindest bei mir, seit einiger Zeit die Furcht um, ob der Kultusminister mitsamt seinem Entwurf zum Kulturhaushalt ins Eis gebrochen ist. Für 1992 darf aufgeatmet werden. Das Eis, meine Damen und Herren, ist dünner geworden. Es wird in den kommenden Jahren noch dünner werden. Aber das andere Ufer wurde erreicht.

(B) An vielen Positionen des Kulturhaushaltes hat sich für 1992 im Vergleich zu 1991 - Frau Kollegin, ich hätte sehr gerne gehabt, wenn Sie zu einigen dieser Positionen Stellung bezogen, sich beispielsweise konkret zum Theaterhaushalt geäußert hätten - gar nichts geändert. Man kann von Überrollung reden. Es gibt aber eine Steigerung, zwar nur von 1,2 %. Die wird im wesentlichen von Personalkosten in Anspruch genommen: für die Archive, für die Bibliotheken, für die Kunstsammlung NRW, die wir uns ja leisten.

Das eine oder andere jedoch, meine Damen und Herren, wurde zusätzlich durch Umschichtung innerhalb des Haushaltes erreicht. Frau Möhrmann, das ist ja Ihr Thema gewesen: Umschichtung. Wir haben sie vorgenommen. Ich will ein paar Beispiele nennen, und es wäre schön, wenn ich irgendwann, zumindest im Ausschuß, von Ihnen hörte - oder gehört hätte, Frau Möhrmann -, daß diese vorgenommenen, Ihnen ja vorliegenden Umschichtungen Ihr Mißfallen oder Ihr Wohlgefallen finden. Da Sie sich dazu aber gar nicht geäußert haben, bleibt dies dem Parlament verborgen.

Für das Joseph-Beuys-Archiv des Landes Nordrhein-Westfalen innerhalb der Stiftung des Museums Schloß

(C)

Moyland werden 119 000 DM zusätzlich zum Ausbau der Einrichtung zur Verfügung gestellt. Die privaten Orchester erhalten immerhin zusätzlich 500 000 DM. Zusätzliche 50 000 DM fließen an das Bonner Beethovenhaus, und die Mittel für Arbeitsstipendien für bildende Künstler wie für Schriftsteller sind um 50 000 DM erhöht worden. Meine Damen und Herren! Schöppingen läßt grüßen.

Nordrhein-Westfalen ist sich seiner kulturpolitischen Verantwortung innerhalb Europas bewußter geworden. Es stellt 100 000 DM mehr für den europäischen Kulturaustausch zur Verfügung. 800 000 DM fließen zusätzlich an die Landestheater usw. usw. Für die Filmfestivals gibt es 300 000 DM mehr.

Meine Damen und Herren, ich könnte den Bericht dieser Umschichtung fortsetzen, und immerhin komme ich zu dem Ergebnis, dem Kultusminister für die zusätzlichen Maßnahmen zu danken, auch für die Absicherung der "Musikfabrik", dieses Ensembles für zeitgenössische Musik, wie auch für das Verhandlungsgeschick, das er gehabt hat.

(D) Aus diesem Grunde hat sich meine Fraktion Zurückhaltung auferlegt. Sie hat nur drei Anträge gestellt. Sie hat immerhin, Frau Kollegin, die mittlerweile acht Jahre alte gemeinsame Entschließung von SPD und CDU für den Bereich der kommunalen Theater und Orchester in der Größenordnung von 1,5 Millionen DM auch in diesem Jahr akzeptiert und nicht, wie es der Entwurf getan hat, außer Kraft gesetzt.

Der dritte Antrag befaßt sich mit dem Europäischen Übersetzerkollegium. Er ermöglicht den Düsseldorfer Studenten des Studiengangs "Literarisches Übersetzen", nun ihr Praktikum im Europäischen Übersetzerkollegium in Straelen und damit praxisnah durchzuführen.

Manchen Antrag der Opposition - ich denke an den der Soziokultur - hätten wir gerne übernommen. Ich denke an den, der sich mit Kornelimünster befaßt. Wir hätten ihn sehr gerne übernommen. Wir haben in eine ähnliche Richtung gedacht. Ich appelliere an den Kultusminister, möglicherweise in Zusammenarbeit mit einer Kulturstiftung, doch dort einen Schritt weiterzukommen. In Kornelimünster ist die Kunstgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen zu schreiben

(A) (Dr. Gerritz [SPD])

wie nirgends sonst.

Meine Damen und Herren, meine Bemerkungen zum Haushalt 1992, die ich eh gekürzt habe und nun noch einmal kürzen muß, will ich nicht beenden, ohne ein paar Bemerkungen in Richtung Zukunft zu machen. Frau Möhrmann, Sie haben das auch gemacht.

Erstens: Es wird nicht zu umgehen sein, daß sich das Land stärker als bisher auf eine landesspezifische Kulturpolitik konzentriert. Ich habe den Eindruck, daß sich in dieser Frage zwischen uns eine Übereinstimmung erzielen läßt. Ich habe ferner den Eindruck, daß die Kommunen einer solchen - ich bitte, dies wörtlich zu nehmen - Auseinandersetzung mit Interesse entgegensehen. - Noch wenige Sätze, Herr Präsident.

Zweitens: Die personalintensiven Kulturbereiche, zum Beispiel die Theater, werden in den nächsten Jahren solche Finanzierungsprobleme haben, daß ihre Existenz nur zu sichern sein wird, wenn man den Mut hat, innere wie auch äußere Strukturen zu verändern. Ich hoffe, daß die Theater sich diesen Veränderungen nicht entziehen. Sonst laufen wir Gefahr, daß wir in etwa 15 Jahren nur noch zwei Drittel unserer Theater im Lande Nordrhein-Westfalen haben.

(B) Vorletzte Bemerkung. Die NRW-Kulturpolitik hat immer auch eine europäische Dimension gehabt. Wir sind davon überzeugt: Das zukünftige Europa ist ein Europa der Regionen, und dort - weniger in den bestehenden Nationen - wird der Mensch beheimatet sein.

Aufgabe der Kulturpolitik ist es, den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich des eigenen kulturellen Erbes bewußt zu werden und sich für die Kultur der anderen in Europa zu öffnen. Eine solche Osmose bereichert uns alle und erspart uns dümmlichen Ausländerhaß.

Viertens: Der Deutsche Bundestag geht mehr oder weniger mit einem eigenen Kulturausschuß schwanger. Einige Bildungsminister des Bundes halten dies für eine Flankierung ihrer Bedürfnisse. Die Regionen - in unserem Fall: die Bundesländer - haben - das ergibt sich aus dem eben Gesagten - ihre Kulturhoheit zu verteidigen, nicht jämmerlich, sondern mit Argumenten.

(C)

Ich sage auch: Die Kultusminister und ihre Konferenz müssen sich stärker, als ich das bisher habe wahrnehmen können, Europa gewachsen zeigen.

Einer von ihnen - bitte sehr: Es sollte der Beste sein - hat die deutschen Regionen über eine längere Zeit - mindestens eine Legislaturperiode lang - europaweit zu vertreten. Der jährliche Wechsel im Vorsitz nach dem Motto "Jeder kommt dran" - wirklich j e d e r - reicht gerade aus, den Streit um irgendwelche schulischen Abschlüsse von einem Jahr auf fünf zu strecken.

Mit Verlaub, Herr Kultusminister: Im Lichte Europas sind die Protokolle der KMK, soweit sie uns zur Verfügung gestellt werden, zum Gotterbarmen. Ich danke Ihnen fürs Zuhören - danke Ihnen allerdings nicht für die Protokolle der KMK.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Gerritz. - Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich das Wort dem Abgeordneten Dorn. Bitte sehr!

(D) Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine große Fehleinschätzung, Kulturpolitik könne durch große Festivalveranstaltungen demonstriert werden. Die Behauptung, Festivals würden Nordrhein-Westfalen zum Kulturmagneten machen, ist eine gescheiterte finanzpolitische Gigantomanie.

Da diese Festivals immer nur einen kleinen Kreis von kulturpolitisch interessierten Menschen in einem großen Flächenland erreichen, ist auch diese großspurige Politik trotz des millionenfachen DM-Aufwandes in Nordrhein-Westfalen wirklich als gescheitert anzusehen.

Herr Ministerpräsident Dr. Rau - ich habe vorhin mit Ihnen darüber gesprochen, daß ich diese Themen und auch einige Passagen der Rede des Ministers Clement ansprechen werde -, wir Freien Demokraten empfehlen Ihnen dringend, die kulturpolitischen Entscheidungen nicht weiter in die Staatskanzlei zu verlagern.

(A) (Dorn [F.D.P.]

(Abgeordneter Nagel [CDU]: Sehr gut!)

Eigentlich sollten Ihnen die Schlagzeilen in den Medien - gleich welcher politischen Seite sie zugeneigt sind - reichen, um den Vertretern der Staatskanzlei weitere kulturpolitische Eskapaden zu untersagen.

Ich will dazu heute nur wenige Passagen zitieren: "Viel Sekt und leere Sessel zum Auftakt des NRW-Filmfestivals" - "Alter Wein in neuen Schläuchen", heißt die Überschrift in der Gewerkschaftszeitung. Dann lesen wir weiter:

Das Kongreßereignis des Medienlandes Nordrhein-Westfalen

Die 1 500 Teilnehmer und etwa 200 Referenten drängelten sich nicht nur am Buffet, sondern auch in den oft viel zu klein geratenen Konferenzräumen. Zum Glück lagen die Räume so weit auseinander, daß man ständig unterwegs war und so nicht noch mehr Gedrängel verursachte.

Soweit dieses Zitat und soweit etwas zum Millionenspektakel der Staatskanzlei 1990 in Köln.

(B) Die TAZ stellte dann auch gleich den inhaltlich beschriebenen Negativvergleich unter die Überschrift "Hollywood liegt am Rhein".

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Das ist Ihre Meinung!)

Der Kölner Stadtanzeiger meldete weniger prosaisch "Papiermüll und Katzenjammer".

1991 wurde das Festival "Theater der Welt" gestartet. Die Frankfurter Allgemeine stellte dazu fest "Ein Festival mit Fehlanzeigen" und wählte dazu als Überschrift "Wenn die Weltreise zur Stadtrundfahrt wird".

Es wäre sicher gut, wenn ein Teil der Festivalkosten in Zukunft den kulturpolitischen Aktivitäten in unserem Lande zur Verfügung gestellt würde. Bedarf gibt es in vielen Bereichen genug, in den Landkreisen und Städten unseres Landes. Ich will nur wenige Beispiele nennen.

Erstens: Die 170 Musikschulen erhalten Zuschüsse

des Landes in Höhe von ca. 5 Millionen DM. Bereits 1981 - also vor zehn Jahren - waren die Zuschüsse um 900 000 DM höher. Die Mittel für die Musikschulen reichen einfach nicht aus. Der Minister teilte uns am 1. Dezember 1990 mit, eine Erhöhungsnotwendigkeit durch das Land sei nicht zwangsläufig gegeben. Das trifft zwar zu, Herr Minister. Aber diese Erklärung reicht nicht, um die entstandenen Probleme zu lösen.

Zweitens: Bei den Landestheatern wurde eine leichte Verbesserung erreicht. Während der Ausschußberatungen gab es dann im Landestheater Burghof (Wesel) eine Sondervorstellung, die sich allerdings nur in der Presse abspielte: Die SPD-Abgeordneten Apostel, Hovest, Sohns und Vöge hatten der Presse mitgeteilt, daß sie einen Brief an den Kulturausschuß des Landtags geschrieben hätten, um eine Verbesserung der Mittelzuweisung für das Burghof-Theater zu erreichen. Dieser Brief ist im Kulturausschuß nie angekommen. So könnte man das Sondergastspiel der vier Kollegen auf den Plakaten folgendermaßen ankündigen: Adressat: Presse - Empfänger: Keine! Solche Sondergastspiele sollte man sich in Zukunft auch ersparen.

Drittens: Bei den Zuweisungen an die Gemeinden für Orchester haben die SPD-Abgeordneten im Kulturausschuß gegenüber der Regierungsvorlage erfreulicherweise Verbesserungen erreicht, die wir begrüßen. Bei der Unterstützung der Orchester gibt es allerdings ein besonderes Problem, nämlich die Philharmonia Hungarica, die mit 350 000 DM im Landesetat veranschlagt ist. Herr Minister, ich habe das bereits beim vorigen Mal angesprochen.

Herr Präsident, meine Fraktion hat mir mitgeteilt, daß dies einer der Schwerpunkte sei und ich deshalb eine längere Redezeit hätte.

Vizepräsident Schmidt: Wir haben hier oben eine Verabredung, nach der für jeden Block acht Minuten zur Verfügung stehen, Herr Dorn.

Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Nein, es waren in diesem Fall Ausnahmen für einzelne Fraktionen vorgesehen.

(C)

(D)

(A) (Dorn [F.D.P.])

(Vizepräsident Schmidt hält Rücksprache mit dem Präsidium.)

Vizepräsident Schmidt: Gut. Das akzeptieren wir.

Abgeordneter Dorn (F.D.P.): 1956, als die Musiker aus Ungarn kamen und eine neue Heimat für ihre Arbeit suchten, war es sicher von entscheidender Bedeutung, daß der Bund, das Land und auch die Stadt Marl ihre Unterstützung gaben und das auch über drei Jahrzehnte durchgehalten haben.

Auch heute werden noch öffentliche Mittel dafür zur Verfügung gestellt, obwohl im Jahre 1991 nur noch ein Ungar im Orchester mitspielt. Für das Jahr 1992 hat dieses Orchester eine umfangreiche Konzerttournee durch die USA mit 19 Konzerten geplant. Dazu kommen für das nächste Jahr Einsätze des Orchesters bei "Festspiele Prager Frühling", "Festspiele Sofia", "Festival Gstaad", "Festspiele Krakau", "Festspiele Lugano" und beim Schleswig-Holstein-Festival. Das ist für dieses Orchester sicher alles sehr wichtig, Herr Minister. Aber andere Orchester im Lande brauchen für ihre Kulturarbeit mehr Mittel als bisher. Und hier wäre eine Umschichtung für die Zukunft dringend zu empfehlen.

(B)

Wir begrüßen außerordentlich, daß der Anteil des Landes an der Kulturstiftung der Länder auf 3,1 Millionen DM erhöht wird. Nur sage ich auch sehr deutlich, daß es erheblicher Anstrengungen bedarf, wenn die politischen Hoffnungen erfüllt werden sollen, die wir in die Stiftung setzen. Sie muß mehr und schneller gestalten und weniger perfekt verwalten.

Meine Damen und Herren, Kunst und Kultur stehen ständig im Widerstreit der Meinungen und oft auch der Gesetze. Unser Land widmet dem Bereich der Kultur einen einzigen von 92 Artikeln der Landesverfassung, obwohl immer alle Landespolitiker von der Kulturhoheit der Länder reden. Aber das ist ein weites Feld von Theorie und Praxis.

Daß die Landesregierung auf diesem Gebiet große Defizite aufzuweisen hat, stellt sie permanent dadurch unter Beweis, daß sie die Minimalzuständigkeit des Kultusministers auf diesem Sektor ständig weiter

(C)

einschränkt, ihm ständig weitere Kompetenzen wegnimmt und Minister Clement als Hauptdarsteller kulturpolitischer Geldübergaben einsetzt.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber der hat keine Ahnung von Kultur!)

So kommt es, daß Minister Clement Gelder des Landes und anderer Institutionen ohne vorherige Information des Parlaments und selbstverständlich auch ohne Beratung im Kulturausschuß des Landtages verteilt.

So bringt er mal eben 6 Millionen DM nach Babelsberg zur DEFA. Damit sorgt Herr Clement dafür, daß das Filmzentrum Babelsberg zusätzlich mit NRW-Geldern aus Mitteln der Landesrundfunkanstalt weiter gestärkt wird. Dadurch erfährt das Filmland Nordrhein-Westfalen durch Babelsberg neben den bereits vorhandenen Filmzentren Berlin, Hamburg und München eine weitere Konkurrenz, unterstützt mit Landesgeld. Daß die Filmschaffenden aller Gruppen in unserem Land darüber nur staunen können, stört ihn nicht.

Es stört ihn wohl auch nicht, daß die Treuhand am 29. August 1991 die Planung von Babelsberg vortrug und in diesem Zusammenhang festgestellt wurde: "Sich zwei Standorte leisten zu wollen", so die Presseveröffentlichung, "heißt von vornherein, die Subventionslade ständig bedienen zu müssen." Gleichzeitig wird in dieser Darstellung darauf hingewiesen, daß bereits jetzt erhebliche Überkapazitäten durch die anderen Standorte vorhanden sind und damit die Verlustfinanzierungen eine Daueraufgabe für alle Beteiligten darstellen werden. Auf jeden Fall werden jetzt erst einmal zwei Gesellschaften gegründet, deren Träger das Land Brandenburg und Berlin als Besitzgesellschaften des 43 Hektar großen Grundstücks in bester Stadtrandlage von Berlin sein werden. Dazu kommt noch eine Beteiligungsgesellschaft mit möglichst vielen Film- und Fernsehproduzenten.

(D)

Meine Damen und Herren, Herr Minister Clement hat gestern einen Landtagskollegen in unmißverständlicher Form aufgefordert, sich erst einmal sachverständig zu machen, bevor er im Parlament Reden hielte. - Herr Clement, es wäre sicherlich auch in Ihrem eigenen Interesse gut, wenn Sie schon nicht den vorhandenen Sachverstand der Kulturabteilung des zuständigen Ministeriums zu Rate ziehen, sich des

(A) (Dorn [F.D.P.]

Sachverstandes des Kulturausschusses im Landtag zu bedienen.

Auf die gestrige Rede zurückkommend zeigt sich die Bedeutung der Kultur auch im Sprachgebrauch. So sind Bedeutung der Worte und ihre Auslegung auch immer ein Ausdruck des Geistes. Kultur ist stets geprägt von der geistigen, in vielen Bereichen auch von der politischen Auseinandersetzung. Wir erleben sie auf den Bühnen und im Kabarett, im Rundfunk, im Fernsehen, auf der Straße und in den Sportstadien und manchmal auch in den Parlamenten. Für einen Minister war es schon bemerkenswert, wie er gestern hier im Parlament redete. Für mich ist es auch eine Frage der politischen Kultur, wie Repräsentanten des Staates im Ministeramt mit gewählten Parlamentariern umgehen,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

weil ich mir durchaus vorstellen kann, wie Sie dann als Vertreter des Staats auch mit anderen Menschen umgehen. Aber es ist nicht zuletzt auch eine Frage der Humanität, wie wir alle in der politischen Auseinandersetzung miteinander streiten.

(B) Und damit wir uns recht verstehen: Wenn Minister Clement mit dem Parlament und nicht an ihm vorbei arbeiten will, dann muß er es den gewählten Abgeordneten und ihren Fraktionen überlassen, wer ihm auf der parlamentarischen Seite als Gesprächspartner zur Verfügung steht.

(Beifall bei der CDU)

Das Schlußwort seiner gestrigen Rede war eine unverschämte Arroganz gegenüber dem Parlament.

(Beifall bei der CDU)

Er sagte, daß er Gespräche führen wolle. Aber gleichzeitig erklärte er, daß die Fraktionen nur die Gesprächspartner zu benennen hätten, die ihm genehm seien. Er sollte zur Kenntnis nehmen: Das Zeitalter des "l'Etat c'est moi" ist vorbei!

(Beifall bei der CDU)

In einer parlamentarischen Demokratie ist das Parla-

ment die Nummer 1. Und die Regierung hat die Entscheidungen des Parlaments uneingeschränkt zu akzeptieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluß möchte ich feststellen, daß die Atmosphäre der Zusammenarbeit im Kulturausschuß des Landtages über alle Parteigrenzen hinweg angenehm und von Sachthemen beherrscht ist. Dafür und auch für die Zusammenarbeit mit den Damen und Herren der Kulturabteilung des Ministeriums möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Schumann das Wort.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann auch nicht in Versen reden, Prosa bleibt mir also. Ich sag' in Prosa als Feststellung: Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen leidet unter zwei Dingen, unter finanzieller Auszehrung und unter Ideenlosigkeit. Herr Dr. Gerritz, das kann man oder Frau ganz freundlich sagen und in der Sache hart sein; da gebe ich Ihnen recht. Das gefällt mir eigentlich bisher auch an unserem Ausschuß.

Wir beklagen in diesem Zusammenhang eine einseitige Aufgabenverteilung in der Kulturpolitik. Die Kommunalisierung der kulturpolitischen Alltagsaufgaben einerseits und die Zuständigkeit des Landes für das "Größere". Etliche Projekte sind heute hier schon kritisch unter die Lupe genommen worden.

Wir beklagen aber auch - das werde ich dann zum Thema machen - die Benutzung des Kulturhaushaltes als Selbstbedienungsladen für kommerzielle Filmförderung Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Filmstiftung.

Wie erklärt die Landesregierung, Herr Minister Schwier, das Gefälle zwischen steigenden Ausgaben im Medienbereich und den stagnierenden bzw. rück-

(C)

(D)

(A) (Schumann [GRÜNE])

läufigen Tendenzen im Kulturbereich? Wie erklärt die Landesregierung das Gefälle zwischen den Ausgaben für künstlerische und kommerzielle Filmförderung und natürlich auch die Aufteilung: einerseits die Anbindung an Staatskanzlei, andererseits an Kultur?

Zur Filmindustrie ist eine Menge zu sagen. Natürlich hat sie einen extremen Wandel erlebt, auch im Zusammenhang mit filmpolitischen Diskussionen. Jedes Land - und Nordrhein-Westfalen natürlich immer vorne weg - entwickelt einen geradezu ungeheuerlichen Ehrgeiz, zu dem internationalen Medienstandort zu werden. Die Gründe liegen auf der Hand. Medien sind ein lukratives Geschäft; die Filmproduktion macht hohe Umsätze, sie schafft Arbeitsplätze und sie macht kaum Dreck. Eine rundherum saubere Sache also, besonders für ein Land im Strukturwandel. Es ist überhaupt nichts dagegen einzuwenden, daß Nordrhein-Westfalen große Ambitionen hat, im Zusammenhang mit der Gründung der Filmstiftung auch daraus selbst einen Teil des Kuchens zu bekommen.

Dies alles in Ehren - aber es ist doch absurd, daß hinter diesen gloriosen Bestrebungen die Kultur so weit zurückstehen muß. Damit kritisiere ich die Landesregierung. Während der Kultusminister sich mit einem popeligen Überrollhaushalt zufriedengeben muß, legt die Staatskanzlei ohne jede Probleme noch mal nach: 15 Millionen DM Landesmittel für die Filmstiftung, für die kulturelle Filmförderung sage und schreibe 4 Millionen DM gleichbleibend wie im letzten Jahr, während 3 Millionen DM auf die kommerzielle Filmstiftung draufgelegt werden. Der Gesamtetat der kommerziellen Filmstiftung wird damit über das Zehnfache mehr als der der kulturellen Filmstiftung betragen. Ich habe gehört - das sollte man auch laut sagen -, daß die Filmstiftung sogar Probleme hat, ihr Geld überhaupt auszugeben.

Dieses Ungleichgewicht läßt auf ein politisches Konzept schließen, das schlicht und ergreifend falsch ist. Es tut nämlich so, als sei Film lediglich ein Wirtschaftsgut und habe mit Kultur nur am Rande oder gar nichts zu tun. Dabei sollte eigentlich klar sein, daß kulturelle und künstlerische Impulse gerade im Filmgeschäft auf Dauer - wenn es denn auch ein Geschäft sein soll - im Vordergrund stehen müssen. Sonst zieht man sich selber den Boden unter den

Füßen weg.

Insbesondere wird kulturelle Filmförderung deswegen wichtig, weil das Filmförderungsgesetz des Bundes eine Novellierung erfahren soll, und zwar in Richtung deutlicher Akzentuierung zur Wirtschaftsförderung hin. Dies wird damit begründet, daß jede Form der Kulturförderung Ländersache sei. Also: Hier mehr als Gegengewicht vom Land rein, damit nicht nur noch die kommerzielle Filmwirtschaft profitiert. Wenn es denn so in Nordrhein-Westfalen sein soll, daß wirklich die Filmwirtschaft gefördert werden soll, dann bitte aus dem Etat des Wirtschaftsministers und nicht aus dem Kulturhaushalt.

Wir haben hier über Aufgaben geredet, die schlecht zu erfüllen sind bzw. kaum noch erfüllt werden, aber einen großen Stellenwert haben, gerade in der Kommune. Die Musikschulen beispielsweise stehen durchaus vor einer Existenzkrise, und wir vermissen hier die Unterstützung des Landes. Hier wird also das, was wir auch an den Schulen des zweiten Bildungsweges voraussehen, praktiziert. Es gibt Personalmehrkosten für die Kommunen, die sie nicht tragen können, und das Land stellt sich an die Seite und füllt dieses Loch nicht auf. Dadurch entstehen Angebotsdefizite. Es wird abgebaut, einige kommunale Musikschulen gibt es schon gar nicht mehr, zum Beispiel Recklinghausen und Kierspe - als Reaktion darauf.

Das ist insofern verheerend, als Musikschulen heute besondere Bedeutung für Jugendliche haben. Nicht nur, daß sie damit Jugendarbeit leisten, sie leisten auch tatsächlich ganz wichtige Aufgaben bei der Ausbildung differenzierter Hörgewohnheiten und musikalischer Eigenbetätigung, die ja der akustischen Überschwemmung durch Medien begegnen muß.

Wir sehen, daß der Musikunterricht in den Schulen überhaupt kein Gegengewicht mehr darstellen kann, weil er als erster gekürzt wird oder nicht von qualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen erteilt wird. Soviel zu den Musikschulen.

Die Soziokultur ist ein Lieblingskind der SPD in Programmen. Das wissen wir schon lange. Herr Dr. Gerritz, wir hören auch immer wieder neu von Ihnen gern, daß Sie etwas dafür tun wollen, nur denke ich, muß wirklich etwas getan werden. Das

(C)

(D)

(A) (Schumann [GRÜNE])

kann man nicht nur verbal. Wir stellen fest, daß die Soziokultur immer wichtiger wird, weil sie nämlich zwei Dinge leisten kann. Sie erfüllt emanzipatorische Aufgaben, nicht nur durch die Angebote selber und durch radikale Ansprüche, sondern sie gibt den Teilnehmern in den Zentren, beispielsweise in den soziokulturellen Zentren, auch den Raum, sich emanzipatorisch zu betätigen. Das Ganze geht nicht nur über den Kopf. Es ist kein Zufall, daß es Jugendliche gibt, die überhaupt nicht mehr in die offenen Türen gehen, aber sehr wohl in die soziokulturellen Zentren. Von daher werden also immer mehr Teilaufgaben übernommen. Wir stellen fest, daß diese nur unzureichend finanziert werden.

Multikulturelle Aktivitäten: Damit verbinden wir auch die Arbeit der Soziokultur und die Arbeit in den Zentren. Diese Arbeit ist sicherlich heute wichtiger denn je. Sie wird selbstverständlich gemacht, sie ist nicht aufgesetzt, sie wird nicht zum Programm erhoben, sondern sie erledigt sich nebenbei. Diese Selbstverständlichkeit, mit der hier gearbeitet wird, sollte uns als Land etwas wert sein. Das bedeutet, über Regelförderung nachzudenken und nicht nur etwas für eine kleine Projektförderung auszubringen. Abgesehen davon ist natürlich auch die Projektförderung unzureichend. Aber es geht vor allem darum, Betriebskostenzuschüsse angemessen mitzufinanzieren.

(B)

Wir vermissen Ideen auch da, wo wir sie in anderen Sparten der Politik ebenfalls vermissen, nämlich wenn es darum geht, Frauenkultur wirksam zu unterstützen. Es fällt ganz offensichtlich ungeheuer schwer, die Frauenförderung auf die Künstlerinnen anzuwenden. Ich frage mich immer: Wieso eigentlich? Mit welchem Recht? Wieso kann man Qualität in der Kunst und in der Kultur nur geschlechtsneutral definieren, und in anderen Bereichen soll das anders sein?

Künstlerinnen sagen Ihnen dazu sehr wohl, daß sie die Benachteiligungen gegenüber den Männern in dem Geschäft leid sind und sie sie nicht mehr akzeptieren wollen. Wenn wir uns die Listen vom Kultusministerium über die Vergabe von Förderpreisen, Stipendien, Ankäufen der letzten Jahre geben lassen, wird doch evident, daß Männer bevorzugt worden sind. Ich möchte erst recht nicht die Listen der Jahre davor sehen; die werden wahrscheinlich noch katastrophaler aussehen.

(C)

Die Ideenlosigkeit fängt auch damit an, daß kleine Dinge, die ganz wenig kosten würden, nicht getan werden: Kornelimünster, ein Kleinod, eine Abtei. Große Schätze des Kultusministers, gehortet über Jahrzehnte. Es sind alles Ankäufe von unbekanntem oder jungen Künstlerinnen und Künstlern, die inzwischen zum großen Teil bekannt geworden sind. Dieses der Öffentlichkeit durchgehend zu öffnen und Wechsellausstellungen zu ermöglichen würde heißen, daß man bereit ist, 100 000 DM zu investieren.

Dazu ist man nicht in der Lage. Ich frage mich wirklich, wer da noch ganz gescheit im Kopf ist, daß man meint, mit 100 000 DM Einsparungen könne man den Haushalt sanieren. Und dafür nimmt man sich selbst und den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in diesem Lande so viel weg!

Ich frage mich auch, wie die Perspektiven für Kultur aussehen sollen - ich glaube, nicht gut -, wenn es uns nicht gelingt, den Stellenwert von Kultur zu definieren, nicht nur in Sparten zu denken und für dieses und jenes zu sorgen. Das muß zwar auch alles sein; aber es geht darum, klarzumachen: Was ist, wenn das ausfällt, wenn das noch weniger wird?

Ich fürchte, daß wir dann eines nicht verhindern können, das ich abschließend mit einem Bild verdeutlichen möchte. Sie kennen vielleicht die Kurzgeschichte von Dürrenmatt: Da steigt jemand in einen Zug ein, der immer schneller wird. Plötzlich merkt er, daß der Zug abwärts rast und in einem Tunnel ist, und es geht unaufhörlich weiter. - Ich glaube, daß Kultur, wenn sie denn so zu einem Konsum- und Luxusgut in unserem Land erklärt wird

(D)

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Wer macht das denn?)

- natürlich, Frau Rauterkus -, wenn sie nur noch unter "ferner liefen" verhandelbar ist und nicht als Investition wie Bildung im Haushalt gehandelt wird, dann wird dieser Zug losfahren, unaufhaltsam, und wir werden in diesem Zug sitzen und nicht mehr aussteigen können.

Und eigentlich ist es doch Aufgabe der Kultur, uns zu zeigen, auf welchem Zug der Zeit wir eigentlich abfahren. - Danke.

(A) (Schumann [GRÜNE])

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Kultusminister das Wort.

Kultusminister Schwier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nur wenige Anmerkungen!

Frau Kollegin Möhrmann, Wissenschaft und Kultur sollen von den Gemeinden und vom Land gefördert werden. Das ist richtig. Haben Sie einmal überlegt, wieviel Wissenschaftsförderung die Gemeinden in unserem Land betreiben? Sollten wir sie deswegen hier anklagen? Sind Sie nicht bereit zuzugestehen, daß unser Land eben anders entstanden ist als andere, daß wir kein Staatstheater, keine Staatsoper, kein Staatsballett, kein Staatsorchester von irgendwem geerbt haben, aber Städte mit Bürgerkultur und von Bürgern begründeten Einrichtungen, und daß dies eben die Besonderheit Nordrhein-Westfalens ist und meines und unseres Erachtens auch bleiben sollte?

Das schließt ja überhaupt nicht aus, daß sich auch das Land dieser Aufgabe stellt. Wenn Sie sagen, da müßte mehr kommen, könnte ich nur wieder Anthony

(B) Eden zitieren. Aber ich habe ja gewußt, daß so schnell seine Wahrheit nicht zur Weisheit werden wird.

Im übrigen, zu Ihrer Information: Alle Landesstiftungen ressortieren beim Ministerpräsidenten. Das ist eine Organisationsentscheidung. Sie können das anders sehen. Sie können sogar eine andere Entscheidung treffen, wenn Sie regieren.

Herr Kollege Dr. Gerritz, ich gebe Ihnen recht, daß sich die Kultusministerkonferenz viel zu wenig um Kultur kümmert.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Es ist mir einmal gelungen, eine Kultusministerkonferenz in Köln mit dem Thema Kultur zu befassen, als ich Präsident war. Das ist aber schon lange her. Ich gebe Ihnen zu: Im Augenblick ist es besonders schwer, weil ja mit der Erweiterung um fünfeinhalb

neue Länder scheinbar andere Probleme dringlicher sind.

Aber ich will Ihnen sagen, daß sich die letzte Konferenz zumindest mit einigen Fragen - z. B. "Preußischer Kulturbesitz" - beschäftigt hat, daß die Kultusministerkonferenz sich demnächst, wenn ich es recht in Erinnerung habe, in Magdeburg, sehr intensiv mit Kultur beschäftigen will und daß auch eine Konferenz mit unseren osteuropäischen Nachbarn über Kulturbeziehungen stattfinden soll.

Ebenso ist vorgesehen, daß ein Mitglied des Präsidiums - und das Präsidium ist so gestaltet, daß man darin wenigstens drei Jahre bleiben kann: vor, während und nach der Präsidentschaft - sich insonderheit mit den auswärtigen Kulturbeziehungen beschäftigen soll, damit da eine gewisse personale Kontinuität eintritt.

Aber im Augenblick stelle ich fest, daß innerhalb der Kultusministerkonferenz auch häufiger Veränderungen stattfinden. Die SPD gewinnt ein Land nach dem anderen, und dann ist einer der alten Kultusminister oder Kultusministerinnen nach dem anderen nicht mehr dabei. Also: Ihre Mahnung ist zumindest angekommen; ich werde sie weiter verfolgen.

Herr Kollege Dorn, wenn auf einem Kongreß Gedränge herrscht, ist das immer noch besser, als wenn der Kongreß menschenleer ist und nur Referenten hat. Aber ich will an dieser Stelle gar keine langen Ausführungen machen; denn eigentlich hätte das vom Haushalt her an eine andere Stelle gehört.

Die Musikschulen sind ein altes Thema. Aber ich kann nicht gleichzeitig sagen, das Land möge sich doch bitte mit spektakulären oder zumindest aufsehenerregenden Ereignissen und Veranstaltungen beschäftigen, aber den Musikschulen müsse auch etwas gegeben werden. Immerhin: Die Musikschullandschaft Nordrhein-Westfalens kann den Vergleich mit jedem anderen Land aushalten. Das Androhen von Schließungen ist - das haben wir an anderen Stellen auch schon erlebt - der Versuch, aus der knappen Kasse des Landes Fördermittel zu erhalten. Sie sagen, das Land versorge die Gemeinden schlecht. Aber haben Sie schon einmal überlegt, woher das Land sein Geld bekommt? Auch daran muß man einmal erinnern. Auf

(C)

(D)

(A) (Minister Schwier)

jeden Fall führen solche Androhungen Gott sei Dank meistens nicht zum Erfolg.

Zur Philharmonia Hungarica nur soviel: Als das Orchester entstand, war es Bedingung des Bundes, daß sich das Land beteiligt. Das Land war schon einmal in den Verdacht geraten, es sei wegen seiner nicht mehr vorhandenen Bereitschaft zu finanzieren der "Totengräber" dieses Orchesters. Das war das Land nicht, und das wird das Land auch in Zukunft nicht sein. Aber daß dies eine vom Bund getragene Gründung und damit eigentlich ein Orchester des Bundes ist, sollten wir durchaus immer wieder in Erinnerung rufen.

Weil Herr Kollege Clement nicht anwesend sein kann, vielleicht noch ein Satz: Ich war lange Zeit nur Parlamentarier und bin jetzt Minister und Parlamentarier. Manchmal denke ich, daß sich der eine oder andere Abgeordnetenkollege oder die eine oder andere Abgeordnetenkollegin auch einmal fragen könnte, wie es denn um den Umgang von Abgeordneten mit Ministern steht. Gelegentlich - so denke ich - wärst du besser dran, du wärst nur Parlamentarier; dann würdest du dir das nicht gefallen lassen. Aber da ich auf der Ministerbank sitze, habe ich stets eine Hemmschwelle.

(B)

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Ein Schmerzensgeld ist im Ministergehalt enthalten!)

- Meinen Sie, das sei Schmerzensgeld? - Na ja, Sie werden es ja nicht werden; deswegen brauchen Sie die Schmerzen nicht zu ertragen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der F.D.P.)

- Wissen Sie, man muß wenigstens noch antworten dürfen.

Nun noch etwas zur Filmstiftung! Die künstlerische und wirtschaftliche Filmförderung ist ein altes Thema, im Ausschuß oft behandelt. Aber wenn der Bund seine Filmförderung ausschließlich auf wirtschaftlich erfolgreiche, d. h. Geld einspielende Filme konzentrieren würde, bräuchten wir eine nordrhein-westfälische wirtschaftliche Filmförderung, die auch ein Risiko eingeht, erst recht. Und daß es beim Film,

(C)

wenn der Film von der Idee zu einer auch das Publikum erreichenden Veranstaltung werden soll, allemal um viel Geld geht, darüber brauchen wir, wie ich glaube, nicht zu streiten.

Sie wissen - das ist auch schon heute morgen ausgeführt worden -, warum ein Anstieg der Mittel für die Filmstiftung notwendig ist.

Lassen Sie mich noch sagen, Frau Kollegin Schumann: Manchmal frage ich mich, warum Sie das immer so traurig sagen müssen; Kultur ist doch etwas Schönes, etwas Erfreuliches, etwas, was Spaß macht und Lebensmut auslöst.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Schumann [GRÜNE])

Wenn man Sie hört, denkt man: Der Zug ist wirklich unaufhaltsam auf dem Weg in den Abgrund, und nicht einmal die Notbremse ist noch zu ziehen. - So schlimm ist es nicht.

Vielleicht eine letzte Anmerkung zu Frau Kollegin Möhrmann, die doch noch den Schlenker zur Gesamtschule und zum Unterrichtsausfall gekriegt hat. Ich mache mit Ihnen allen, die Sie hier sitzen - die meisten von Ihnen werden schon vor 25 Jahren in die Schule gegangen sein -, eine Wette - aber Sie müssen dann ordentliche Buchführung vorweisen -, daß in Ihrer und in meiner Schulzeit sehr viel mehr Unterricht ausgefallen ist

(D)

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das sollen wir jetzt noch nachweisen?)

- nein! -, als der Unterrichtsausfall betrügt, der heute so heftig diskutiert wird. Denn eines ist ebenso wahr: Als die Sozialdemokraten hier in Nordrhein-Westfalen begannen - ich bin ja erst der dritte sozialdemokratische Kultusminister, und Kultusminister waren immer Sozialdemokraten -, hatten wir etwas mehr Schüler als heute und halb so viele Lehrerinnen und Lehrer. Ich unterstelle diesen Lehrerinnen und Lehrern eben nicht, daß sie um die Hälfte fauler oder um die Hälfte weniger fleißig sind als die von damals. Nichts davon stimmt. Also: Lassen wir doch bitte diese Anspielungen.

(A) (Minister Schwier)

Im übrigen, meine Damen und Herren: Daß der Kulturausschuß eine harmonische Veranstaltung ist, habe ich zu Anfang festgestellt. Ich wünsche auch, daß es so bleibt. Es ist auch nicht die Aufgabe der Landesregierung, Streit zu erzeugen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Runde des Sports ein. Als erstem Redner darf ich Herrn Abgeordneten Kuckart für die Fraktion der CDU das Wort erteilen.

Abgeordneter Kuckart (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 8. Juni dieses Jahres war Jahresversammlung des Landessportbundes in Gladbeck. Minister Clement war auch da. Er hielt eine Rede. Im Rahmen dieser Rede hat er die Zielvorstellungen der Landesregierung dargelegt. Ich darf die entscheidenden Sätze zitieren:

Sportland Nordrhein-Westfalen, das heißt: Sport für alle im zeitgemäßen Gewand. Das Programm enthält damit vorrangig eine soziale Komponente. Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sollten die Chance haben, am Sport teilnehmen zu können. Wir wollen nicht, daß einzelnen oder ganzen Bevölkerungsgruppen, die den Zugang zum Sport suchen, der Zutritt verwehrt wird.

(B)

Das ist die Zielvorstellung.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.])

Wie sieht es nun aus?

1980: 45 000 Übungsleiter und 22 Millionen DM Übungsleiterpauschale.

1992: Mehr als 65 000 Übungsleiter. Jeder von Ihnen wird nun sagen, da müsse die Pauschale mindestens angemessen erhöht werden. Weit gefehlt! Nur 21 Millionen DM Übungsleiterpauschale.

Ich darf Willi Weyer zitieren. Er hat damals erklärt:

(C)

Das, was das Land für Übungsleiter tut, ist für uns entscheidend, ob das Land das Ehrenamt im Sportverein anerkennt.

Ich darf feststellen: Die Landesregierung erkennt das Ehrenamt im Sport nicht an.

Gestatten Sie mir hier eine ganz persönliche Bemerkung! Sie wissen, wenn man Dinge bewegen will, muß man sie laufend erwähnen. Ich bin sogar der Meinung, das Ehrenamt ist in der Zukunft so wichtig, daß wir uns dem Gedanken - dies meine ganz persönliche Meinung, nicht die Meinung der CDU-Fraktion -, daß das Ehrenamt eine Ehrenrente verdient, in der Zukunft stärker zuwenden müssen.

Zweitens: Sportstätten! Minister Clement hat die Statistik des DSB zitiert und hat festgestellt, daß in erheblichem Umfang Sportstätten fehlen. Von Sanierung, Substanzerhaltung spreche ich überhaupt nicht. Es fehlen Sportstätten. Wie sieht es aus?

1980: rund 250 Millionen DM für Sportstätten.
1992: knapp 70 Millionen DM, etwa 10 % weniger als 1991!

Was tut die SPD? Sie stellt einen sehr klugen Antrag: 15 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen! Das heißt also: Vorgegessenes Brot. Irgendwann holt uns das alles ein. Der Etat wird nicht erweitert. Es wird die Zukunft verspeist. Es tut sich faktisch im Sportstättenbau wesentlich weniger als bisher.

(D)

Lassen Sie mich bitte auch dieses sagen: Wenn ich mit Sportvereinen oder mit Kommunen, die Sportanlagen bauen wollen, spreche, dann kommt der Einwand: Aus Umweltschutzgründen geht das nicht; deswegen können wir kein Geld geben. Nun, meine Damen und Herren, fairer wäre es zu sagen: Wir haben kein Geld. Nicht aus Umweltschutzgründen! Es ist kein Geld vorhanden. Deshalb kann auch nichts mehr gebaut werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da wir schon beim Umweltschutz sind, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, eine der vielen Nagelproben wird für Sie ja kommen. Das heißt ja: Sport in die Verfassung! Also, wenn Sie der Landes-

(A) (Kuckart [CDU])

regierung folgen wollen, werden Sie für den Sport nichts tun. Sie müssen schon etwas mehr tun. Ich hoffe also, daß Uwe Herder sich in der SPD-Fraktion durchsetzt. Er hat erklärt: Wenn, dann substantielle Verbesserung für den Sport. Das heißt also auch die Schutzklausel, Sport zu fördern und zu schützen. Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, sind aufgefordert; Sie können beweisen, wie Sie es mit dem Sport auch in dieser Hinsicht halten.

Ein Drittes: Der Schulsport! Herr Farthmann war noch Minister, als er erklärte:

Wir haben große Haltungsschäden bei Jugendlichen. Eine unwahrscheinliche Bewegungsarmut ist zu verzeichnen. Es muß etwas getan werden.

Das ist schon lange her. Was geschieht? Es wird nichts getan. Der Schulsport ist das Stiefkind in den Schulen. Wenn ich es richtig gelesen habe, soll er bei den Berufsschulen jetzt gänzlich abgeschafft werden, und der Schulsport wird ja auch mit Mathematik und mit Deutsch verglichen. Nun, Sie können aber doch Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Sport ist das einzige Medium, das den Körper anspricht. Sie können ihn nicht vergleichen mit Englisch, mit Mathematik, mit Deutsch, mit Religion usw. Also ist der Vergleich vollkommen falsch.

(B)

Diese Landesregierung läßt zu, daß Generationen junger Menschen mit erheblichen lebenslangen körperlichen Schäden behaftet sind, weil sie nicht in der Lage ist, einen gesundheitsbezogenen Schulsport anzubieten, den sie selbst verkündet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hätte die Gelegenheit gehabt, ihr Herz für den Sport zu entdecken. Wir hatten beantragt, 3 Millionen DM mehr für Übungsleiter zur Verfügung zu stellen. Die Ehrenamtlichen wären Ihnen für ein solches Zeichen der Anerkennung dankbar gewesen. Sie haben es abgelehnt. Wir haben weiter beantragt, 30 Millionen DM zweckgebunden aus Städtebauförderungsmitteln für Sportanlagen bereitzustellen. Sie haben abgelehnt. Sie haben damit bewiesen, daß Sie mit dem Sport nicht viel zu tun haben.

(C)

Wenn es im Breitensport überhaupt noch einigermaßen funktioniert, meine Damen und Herren, dann verdanken wir das den vielen Sportvereinen und den in diesen Vereinen ehrenamtlich Tätigen, aber nicht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich muß ausdrücklich sagen, daß diese Sportvereine ein großes Lob und große Anerkennung verdienen.

Herr Minister Schwier, wenn Sie die Sportvereine nicht in die Lage versetzen, ihr Angebot zu erweitern und qualitativ zu verbessern, dann wird der Sport in Nordrhein-Westfalen zur Zweiklassengesellschaft. Dann werden die Armen in Sportvereinen ihren Sport treiben und die Reichen in Fitnessstudios und in Bodybuildingstudios oder im privaten Bereich ihre Bedürfnisse befriedigen.

Sie haben es in der Hand. Mit Ihrer Politik im Bereich Sport fördern Sie diese Entwicklung zu einer Zweiklassengesellschaft. Nur durch Ihre Politik geschieht das. Eigentlich sollte der Sport - dies ist ein Phänomen des Sports - zusammenführen. Wenn Sie Ihre Politik in dieser Form weiterbetreiben, zerstören Sie letztlich das Wesen des Sports. Sie trennen auch den Sport in eine Zweiklassengesellschaft, eine Politik, die Sie eigentlich nicht vertreten können.

(D)

Bertolt Brecht - Entschuldigung, Berthold Beitz - -

(Große Heiterkeit)

- Ich war bei der Zweiklassengesellschaft. Berthold Beitz war vor einigen Wochen - -

(Anhaltende Heiterkeit)

- Es ist erstaunlich, wie schnell man Menschen erheitern kann. Das finde ich unwahrscheinlich nett.

(Zurufe und weitere Heiterkeit)

Also, Berthold Beitz war vor einigen Wochen im Olympiastützpunkt West in Essen. Er hat einen Satz gesagt, dem eigentlich nichts hinzuzufügen ist:

(A) (Kuckart [CDU])

Die Landesregierung redet viel, aber zahlt wenig.

Meine Damen und Herren, dem ist nichts hinzuzufügen. Es gibt keinen unverdächtigeren Zeugen als Berthold Beitz.

Der Landessportplan ist ein Rückschritt. Er dokumentiert das durch seine Zahlen. Mit der CDU ist kein Rückschritt möglich. Wir lehnen den Landessportplan ab.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank! - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Herder das Wort.

Abgeordneter Herder (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sport ist eine umfassende Aufgabe unserer Politik. Die Sportförderung erfolgt zum einen als allein staatlich verantwortet im Schul- und Hochschulsport, zum andern als subsidiäre Förderung in Verbänden, Vereinen und Gemeinden.

(B) Schul- und Hochschulsport werden in den kommenden Jahren mit 760 Millionen DM zu Buche stehen.

Vereine, Verbände und Kommunen unterstützen wir direkt aus dem Haushalt mit ca. 175 Millionen DM. Hinzuzuzählen ist die Beteiligung des Landessportbundes an den Einspielergebnissen der Lotterien, Fußballtoto, Spiel 77, das Rennquintett, die sich 1992 gut und gerne auf 60 bis 70 Millionen DM aufaddieren könnten.

Damit dürfte das Land Nordrhein-Westfalen in 1992 für die Bewegungs- und Spielkultur des Sports eine gewaltige Summe, die allerdings zugleich ein angemessener Beitrag ist, ausgeben. Diese Summe ist sicherlich in diesem Haushaltsjahr ein Betrag, der nur geringfügig ausgeweitet werden konnte. Insofern stellt der Sporthaushalt im Landessportplan nur ein Spiegelbild des Gesamthaushalts dar, der von Sparen und Konsolidieren angesichts der finanzpolitischen Herausforderung geprägt ist.

(C)

Der Schulsport - da widerspreche ich dem Kollegen Kuckart - legt mit seinen rund 10 000 Lehrerinnen und Lehrern eine wesentliche Grundlage dafür, daß Sporttreiben als gute Gewohnheit für das ganze Leben motiviert. Ich glaube, daß wir in Zukunft noch einmal überprüfen sollten, ob unsere sportlichen und pädagogischen Ergebnisse nicht noch verbessert werden könnten. Wir sollten gerade auch in der Schule die soziale, gesundheitliche und integrative Komponente des Sports stärker betonen.

Die Förderung der freiwilligen Schülersportgemeinschaften am Nachmittag, die besonderen Förder- und Fitneßgruppen für gesundheitlich gefährdete Mädchen und Jungen müssen daher weiter ausgebaut werden.

Aber manchmal stört mich die Erledigung des Sportunterrichts als bloße Lehrerpflichtaufgabe, und es stört mich auch die Einschätzung der Eltern und der Lehrer zum Stellenwert des Sportunterrichts unter den Unterrichtsfächern. Es wird zu wenig erkannt und gewürdigt, daß Sport nicht nur eine körperliche Funktion hat, sondern daß er gerade dazu beiträgt, geistige Leistungsfähigkeit zu erreichen, und psychische und soziale Komponenten in sich birgt, wobei ich besonderen Wert auf die sozialen Komponenten legen würde, die für unsere Gesellschaft besonders wichtig sind. Insofern ist der Unterrichtsausfall im Fach Sport besonders ärgerlich; denn Lehrerinnen und Lehrer mit der Befähigung Sport gibt es in ausreichender Zahl.

(D)

Im Rahmen der Effektivierung des Lehrereinsatzes muß auch nach Wegen gesucht werden, daß der Sportunterricht auch voll erteilt wird. Ich hoffe, daß das Handlungskonzept der Landesregierung hierzu ein wichtiger notwendiger Schritt ist.

(Zuruf von der CDU: Aber warum fällt er denn aus?)

Und noch eines: Wer nun in manchen Kollegien und auch in der Landesregierung meint, daß die Kürzung der Stundentafel um durchschnittlich eine Stunde am bequemsten zu bewerkstelligen wäre, indem man den Sportunterricht kürzt, wird aus den vorgenannten Gründen keinesfalls unsere Zustimmung erhalten.

Der zweite große Block unserer Sportförderung ist die allgemeine Sportförderung. Den Sportstättenbau un-

(A) (Herder [SPD])

terstützen wir mittelfristig mit 5 Millionen DM mehr, also entgegen dem, was Kollege Kuckart sagt. Verpflichtungsermächtigungen sind nämlich nicht nur ein Verfrühstücken der Zukunft, sondern sie sind bares Geld für denjenigen, der sie einsetzen kann. Wenngleich wir kurzfristig im Jahr 1992 Projekte in einem Volumen von 10 Millionen DM nicht bedienen konnten, so ist immerhin ein Mehrbetrag von 5 Millionen DM vorhanden.

Aber, meine Damen und Herren, wer Gutes tut, sollte auch darüber reden. Mit den 77 Millionen DM für den Sportstättenbau in 1992 wird insgesamt ein Investitionsvolumen von ca. einer Viertelmilliarde DM bei Gemeinden und Vereinen losgetreten. Somit dürften in dieser Legislaturperiode mehr als 1,2 Milliarden DM Investitionen allein durch die von uns zur Verfügung gestellten Mittel möglich werden.

Das ist ein Programm, das sich in seiner positiven Wirkung für die Bürgerinnen und Bürger sehen lassen kann und das unter den Förderprogrammen des Landes eines der besten in bezug auf den Kosten-Nutzen-Effekt sein dürfte.

(B) Der Vereins- und Verbandssport wird mit 25 Millionen DM gefördert. Hinzu kommen, wie schon gesagt, 60 bis 70 Millionen DM aus den Lottereeinnahmen. Gerade die letzteren sind wichtig für die Förderung der Verbands- und Sportarbeit.

Um so verwunderlicher sind einige Aktivitäten auf der europäischen Ebene. Das Bestreben, die Lotterien in Europa zu vereinheitlichen und - ich sage es offen - stärker zu kommerzialisieren, wird von uns nicht akzeptiert. Alle vier Fraktionen in diesem Hause sollten mithelfen, das zu unterbinden. Die Vorschläge von Brüssel sind nämlich für den Sport und für die freie Verwaltung des Sportes tödlich.

Für uns ist dies noch nach unserer Verfassung eine der wenigen uns verbliebenen Einnahmekompetenzen. Insofern kann ich die Landesregierung nur nachdrücklich bitten, die Entwicklung äußerst aufmerksam zu verfolgen und jeder schleichenden Aushöhlung dieser Rechte entschieden zu widersprechen, auch in dem Hearing, das im Februar in Brüssel stattfinden wird.

Jedenfalls sehen wir hierin eine Gefährdung des Arti-

(C) kel 106 des Grundgesetzes, die wir nicht hinnehmen werden, weil es bei der Sportförderung im Rahmen der Kulturhoheit der Länder um den Kern unserer Aufgaben geht.

Der Bund ist aufgefordert, nachdrücklich solchen Tendenzen in Brüssel entgegenzuwirken, damit die Länder ihre erfolgreiche Verbands- und Vereinsförderung ungeschmälert fortsetzen können.

Ich möchte den Satz von Herrn Clement, der vorhin hier schon zitiert worden ist, ebenfalls noch einmal kurz aufgreifen: Wir werden uns weiterhin einsetzen für das Sportland Nordrhein-Westfalen und für den Sport für alle.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Ruppert.

(D) Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kuckart hat eben mit Recht die Bedeutung des Ehrenamtes im Sport hervorgehoben. In der Tat, ohne viele Menschen, die sich in den Sportvereinen ehrenamtlich für Funktionen in den Vorständen, für Aufgaben in der Jugendarbeit, als Wettkampfrichter, als Trainer zur Verfügung stellen, gäbe es den Sport, so wie es ihn heute gibt, in Nordrhein-Westfalen nicht.

Es wäre gut, wenn unser Schulsport genauso gut funktionieren würde wie der Vereinssport; denn im Vereinssport fallen nicht so viele Stunden aus wie leider noch in unseren Schulen.

Aber ich rate davon ab, das Ehrenamt dadurch fördern und stärken zu wollen, Herr Kollege Kuckart, daß man es immer mehr dem hauptamtlichen Betrieb annähert. Dazu würden auch solche Gedanken führen wie der Ihre, jetzt auch noch dafür eine Rente auszusetzen. Ich denke, damit bringt man die Menschen dem Ehrenamt nicht näher.

(A) (Ruppert [F.D.P.])

Ich weiß, daß es schwierig geworden ist - das trifft nicht nur die Sportvereine, das trifft auch die Politik, das trifft auch andere gesellschaftliche Aktivitäten -, noch Menschen zu finden, die sich in ihrer Freizeit mit ihrem Engagement dort einsetzen. Aber ich sage noch einmal: Mit immer mehr Annäherung an das Hauptamtliche stärken wir das Ehrenamt nicht. Wir werden es auf Dauer schwächen.

Herr Kollege Herder hat von den großen Leistungen für den Sport in Nordrhein-Westfalen gesprochen. Wenn man zusammenaddiert, was das Land finanziert, was die Kommunen tun - und die Kommunen tun nicht weniger, sie tun eher mehr; es ist auch eine ihrer Hauptaufgaben -, dann ist das sicherlich nicht wenig.

Schauen wir uns das aber einmal praktisch an! Wenn ich heute - was ich nicht mehr bin, aber viele Jahre war - Mitglied eines kommunalen Sportausschusses oder Mitglied eines Vereinsvorstandes wäre und wollte mich in der einen oder anderen Situation bemühen, 1992 mit dem Bau einer Sportanlage zu beginnen, und würde mich heute, in der nächsten Woche oder im Januar bemühen, dafür noch eine Finanzierung zu bekommen, dann wäre das Ergebnis: Eine Finanzierung in 1992 ist natürlich nicht mehr möglich. Denn schauen wir einmal in den Haushalt: Das, was dort an Mitteln für Sportstätten steht, ist alles schon verbraten. Die Mittel, die für 1992 im Haushalt enthalten sind - ob es Mittel für kommunale Sportanlagen sind oder Mittel für solche von Vereinen -, sind alle schon durch Zusagen, die 1991, 1990 oder 1989 gemacht worden sind, gebunden. Es gibt überhaupt keine freien Mittel mehr.

Wenn es nach der Landesregierung gegangen wäre, die uns ja - übrigens nach der Sitzung des Sportausschusses - ihren Einsparungsvorschlag für die Verpflichtungsermächtigungen gemacht hat, dann wäre das auch in den nächsten Jahren so weitergegangen. Dann gäbe es überhaupt keine Möglichkeit mehr, in den nächsten Jahren noch etwas Neues anzufangen, es sei denn, man würde es zu Lasten der eigenen Kasse, zu Lasten von Zinsen, die man dann für Kredite zu zahlen hat, vorfinanzieren. Das ist die reale Situation. Insofern hat natürlich Herr Kollege Kuckart recht: Es tut sich nichts mehr. Wir haben in diesem Bereich die völlige Unbeweglichkeit erreicht.

(C)

Ich frage noch: Was wäre eigentlich, wenn sich das Thema "Kieselrot" nicht so offenkundig günstig entwickelt hätte? Wir mußten ja in diesem Jahr eine Zeitlang davon ausgehen, daß Hunderte von Sportplätzen von Vereinen und Kommunen gesperrt werden müßten, daß diese in den nächsten Jahren überhaupt nicht mehr benutzbar gewesen wären. Nun gibt es inzwischen andere wissenschaftliche Erkenntnisse - und ich bestreite nicht, daß diese richtig sind -, die vom Umweltministerium vorgelegt worden sind, die es mit sich bringen, daß diese Plätze ohne gesundheitliches Risiko wieder benutzt werden können. Aber hätte sich das nicht so günstig entwickelt, dann sähe ich überhaupt nicht - und es gab auch auf Nachfrage keinerlei Pläne, hier etwa ein Sonderprogramm aufzulegen -, wie wir mit dieser Situation in Nordrhein-Westfalen fertig geworden wären. Nur mit Mitteln der Vereine und der Kommunen wäre das jedenfalls nicht gegangen.

Eine letzte Bemerkung: Sport in der Verfassung! Das ist ein Lieblingsthema von Herrn Kollegen Kuckart. Herr Kollege Kuckart, wir werden darüber ja auch mit dem Landessportbund in einer gemeinsamen Sitzung im Februar beraten. Wir werden ja auch wissenschaftliche Gutachten dazu bekommen. Aber gestatten Sie mir doch eine Bemerkung!

Auch in manchen anderen Themenbereichen ist es sehr beliebt zu fordern, daß irgend etwas in der Verfassung abgesichert werden soll. Ich habe manchmal das Gefühl, daß man das deswegen tut, weil es ja erst einmal nichts kostet, wenn es in der Verfassung steht. Man hat bei einer bestimmten Interessengruppe einen Achtungserfolg erzielt, aber in Wahrheit kostet es nichts. Nur: Es bringt natürlich auch nichts.

In den Jahren, in denen ich mich hier im Landtag mit Sport befasse, aber mehr noch in den beinahe 20 Jahren, in denen ich Mitglied eines kommunalen Sportausschusses war, habe ich nicht ein einziges Thema, ein einziges Problem erlebt, wo es dem Sport - etwa bei einer Sportstättenplanung - etwas geholfen hätte, wenn er in der Verfassung gestanden hätte. Wir sollten die Frage unter dem Gesichtspunkt betrachten, ob das etwas bringt oder ob wir nur falsche, überzogene Erwartungen wecken. Letzteres sollten wir nicht tun. - Vielen Dank!

(D)

(A) (Ruppert [F.D.P.]

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Ich danke Ihnen. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Mai das Wort.

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie im letzten Jahr kann ich Ihnen auch heute versprechen, daß ich es bei diesem Tagesordnungspunkt recht kurz machen werde. Aber gleichzeitig verspreche ich Ihnen, daß ich für das nächste Jahr einen etwas längeren Debattenbeitrag ausarbeiten möchte.

Diese Versprechungen mache ich, da ich gestehen muß, daß wir in diesem Jahr noch nicht die Zeit gefunden haben, den Landessportplan, den Haushalts- teil zum Sport, gründlich zu analysieren und kritisch zu überprüfen. Aber ich werde das für das nächste Jahr nachholen, und dann werden wir auch etwas zu dem Problembereich des Schulsports sagen. Als Sportlehrer, der ich bis vor einigen Monaten - so muß man noch sagen - war, kann ich da, so denke ich, etwas aus der Praxis berichten. Wir werden dann auch etwas zu dem Zukunftsprojekt "Olympiade im Ruhrgebiet" sagen. Auch da sollten wir die Diskussion endlich einmal anstoßen und auch führen. Dann sollte diese Debatte auch einen höheren Stellenwert erlangen.

(B)

Ich habe im letzten Jahr schon gesagt, daß ich grundsätzlich die Ansichten des Kultusministers zum Schulsport und der Ausrichtung auf den Schulsport und auf den Breitensport im Lande für richtig halte und unterstütze. Herr Minister, Sie haben mit dem Abteilungsleiter Eulerling auch einen sehr fortschrittlichen Vordenker in diesem Bereich.

Ich will aber einmal aus meiner Heimatstadt ein kleines Beispiel geben, wie sich die Sportlandschaft in Nordrhein-Westfalen entwickelt. Da schießen jetzt überall diese sogenannten Spaßbäder und Freizeitbäder aus dem Boden. Bei uns in Aldenhoven ist mit Subventionierung des Landes ein solches Spaßbad für mehrere Millionen geplant; das Land beteiligt sich wohl mit 15 Prozent aus einem Sonderprogramm daran. Das heißt, daß dann die Leute Gelegenheit

(C)

haben - nachdem es schon zahlreiche Bäder in der Region und auch in den benachbarten Niederlanden und in Belgien gibt -, für 10 bis 20 DM Eintritt pro Besuch diese Spaßbäder zu besuchen.

Gleichzeitig aber droht zum Beispiel unser Frei- und Hallenbad in meiner Stadt Heinsberg kaputtzugehen, eines der ältesten Freibäder in der Region, wo man in der Sommersaison noch für 1 bis 2 DM pro Tag in das Bad gehen kann. Gerade Schüler und Jugendliche haben, da es auch noch in der Nähe eines soziale Brennpunktes liegt, die Gelegenheit, im Sommer jeden Tag dieses Bad zu benutzen. Sie haben nichts davon, demnächst in dieses Spaßbad gehen zu können, weil sie es sich einfach nicht leisten können.

Das ist, denke ich, der falsche Ansatz. Hier werden Sport- und Spielgelegenheiten und eben auch Badegelegenheiten um die Ecke, in Stadt- und in Wohnnähe zerstört zugunsten von Großeinrichtungen, von Großanlagen, die die Zielgruppe, die es notwendig hat und hätte, nicht mehr erreichen kann.

In dieser Entwicklung sehe ich auch das Land Nordrhein-Westfalen, daß es nämlich die Großanlagen mit Millionenbeiträgen subventioniert und sponsort und dadurch eigentlich auf den Zuschauersport orientiert ist und die Sport- und Spielgelegenheiten um die Ecke, in der Nähe, in den Parks, in den Grünanlagen vernachlässigt. Ich meine, man müßte dazu einmal ein Schwerpunktprogramm entwickeln, das diese Sport- und Spielgelegenheiten um die Ecke, in Wohnnähe auch einmal nach vorn bringt.

(D)

Zu tun hat das, meine ich, mit der Lobby des Sports, der in Vereinen angesiedelt ist. Es gibt immer mehr Menschen und auch Kinder, die eben nicht in Vereinen Sport treiben wollen, sondern ungebunden Sport und Spiel treiben wollen. Diese Kinder, diese Menschen, die nicht in Vereinen sind, haben keine Lobby, weder in der Kommunalpolitik noch im Landtag. Ich denke, es ist immer noch Aufgabe des Landes, Sportförderung zu betreiben.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

- Ein bißchen zu früh, Kollege Vesper! - Die Schwerpunkte habe ich genannt. Wir werden im nächsten

(A) (Mai [GRÜNE])

Jahr unsere Vorschläge dazu einmal gründlich und ganz umfassend unterbreiten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Mai. - Ich erteile jetzt für die Landesregierung dem Herrn Kultusminister das Wort.

Kultusminister Schwier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kuckart, ist Ihnen aufgefallen, daß Sie vorhin immer Leistungen 1980 und 1992 verglichen haben? Und erinnern Sie sich an die Vorwürfe von heute morgen: 1980, da wäre es losgegangen mit der schrecklichen Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen? Ich bleibe dabei - wie war der Satz? -: Vom Staat wird Sparsamkeit im allgemeinen und Freigebigkeit im besonderen erwartet.

Übrigens, was Herr Kollege Clement auf der Hauptausschußsitzung des Landessportbundes gesagt hat, hat er in meiner Vertretung und auch in meinem Sinne gesagt; das war ja nichts Neues. Danach richtet sich weiterhin unsere Sportpolitik.

(B)

Es ist jedes Jahr das gleiche: Jeder möchte gern die Übungsleiterpauschale erhöhen und im Sportstättenbau mehr Geld ausgeben können. Wenn Sie allerdings, Herr Kollege Ruppert, jetzt den Vorwurf erheben, daß die Landesregierung weniger im Haushalt gehabt habe, als dann die Fraktion am Ende, was die Verpflichtungsermächtigungen angeht, dabei beschlossen hat, dann nehmen Sie bitte das als einen Beweis dafür, daß Ihre Filztücher vielleicht doch nicht den richtigen Stoff darstellten, sondern die SPD-Landtagsfraktion gelegentlich auch etwas anderes beschließt, als die Landesregierung vorschlägt. Sie können das nicht immer wieder beklagen und, wenn es denn geschieht, es auch beklagen; beides zusammen geht nicht.

Zum Kieselrot! Wissen Sie, wenn es da nach dem Verursacherprinzip ginge, könnte man eigentlich das Kieselrot nur als eine Kriegsfolge bezeichnen. Und vielleicht erinnern Sie sich noch: Der Bund hat von vornherein erklärt: "Keine müde Mark". Und Kriegs-

(C)

folgelasten sind ja wohl Bundeslasten. Aber ich bin Ihrer Meinung: Wir sind noch einmal gut dabei weggekommen, wenngleich die Problematik nicht beseitigt ist. Aber wir können sie jetzt schrittweise beseitigen.

Daß im Sportstättenbau die Verpflichtungsermächtigungen eine besondere Rolle spielen, liegt schlicht daran, daß man Sportstätten, die Anspruch auf Landeszuschüsse haben, im allgemeinen nicht in dem Jahr, in dem man sie beantragt, überhaupt bauen könnte, selbst wenn man das Geld bekäme; das sind nämlich etwas größere Unternehmungen.

Aber, Herr Kollege Kuckart, daß Sie mich für die Haltungsschäden von Kindern verantwortlich machen wollen, finde ich schon ein starkes Stück; denn das geht ein bißchen zu weit. Selbst ein noch so guter Schulsport kann eine ansonsten bewegungsarme und ungesunde Lebensführung nicht reparieren.

(Beifall bei F.D.P. und GRÜNEN)

Aber der Vorwurf, daß die Zweiklassengesellschaft nun auch noch dem Sportminister angelastet werden soll, scheint mir denn doch sehr weit hergeholt.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Wenn wir über Zweiklassengesellschaft und ihre Ursachen hier reden wollen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, dann seien Sie mal ganz vorsichtig.

(Beifall bei der SPD)

Dem Kollegen Herder möchte ich nur bestätigen: Wir werden bei der Kürzung um eine Stunde in der Sekundarstufe I nicht den Sportunterricht um eine Stunde kürzen. Im Gegenteil, dadurch, daß wir den Schulen sagen, eine bis drei Stunden pro Woche sollen sie flexibel handhaben dürfen, kann auch mal mehr Sport - wenn das Wetter oder sonst was dazu reizt - erteilt werden. Das heißt, daß die Stundentafeln nicht immer stur abgearbeitet werden müssen.

(Zuruf von der F.D.P.)

- Wenn Sie das für Quatsch halten, ist das Ihre Meinung. Die muß ja nicht richtig sein.

(A) (Minister Schwier)

Wir werden weiterhin dafür sorgen, daß unsere traditionelle finanzielle Förderung des frei organisierten Sports über die Wetteinnahmen nicht durch europäische Gesetzgebung in irgendeiner Weise tangiert wird. Ich war neulich mit den Präsidenten des Deutschen Sportbundes und des Landessportbundes in Brüssel. Wir haben die Vertreter aller Länder dort auf diese Gefährdung hingewiesen. Sie waren uns dafür dankbar.

Zur Förderung von Spaßbädern! Wir machen jedes Jahr mit unserer Aktionswoche "Bad" deutlich, daß man in jedem Bad Spaß haben kann, wenn alle Betroffenen damit einigermäßen einverstanden sind. Im übrigen: Die unterschiedlichen Formen von Angeboten - bis hin zum Fitneßcenter, wenn es nicht gesundheitsschädlich wirkt -, sollten wir tolerieren. Die Landesmittel müssen aber den Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, die jedermann besuchen kann. Deswegen spielt der Schulsport eine so besondere Rolle.

(B) Herr Kuckart, Sie wollen gelesen haben, daß der Schulsport in Berufsschulen abgeschafft werden soll. Da haben Sie den verkehrten Autor erwischt: Das war eine Forderung eines Teils der Wirtschaft. Die sagten: Lehrlinge brauchen doch keinen Sport in der Berufsschule. Der Kultusminister hat dem heftig widersprochen. Aber Sie sehen, so kann es einem passieren, daß man auf dem verkehrten Bein hurra ruft.

Zum Sport um die Ecke! Herr Kollege Mai, wenn Sie einmal den Sportatlas, den wir erstellt haben und der laufend fortgeschrieben wird, in die Hand genommen hätten, hätten Sie festgestellt, daß wir uns darum schon Mühe geben.

Abschließend möchte ich sagen: Natürlich soll Sport in der Familie, um die Ecke und in welcher Organisationsform auch immer - häufig auch unorganisiert - unentwegt stattfinden. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß regelmäßiges Sporttreiben sicherer und besser im Verein ist. Deswegen arbeiten wir mit den Sportvereinen intensiv zusammen. Wir wollen möglichst viele junge Menschen dazu anregen, in Sportvereine einzutreten. Dort kann man bekanntlich bis ins hohe Lebensalter Sport treiben, was in der Schule zum Beispiel auf keinen Fall möglich ist.

(C)

Im übrigen möchte ich deutlich machen, daß auch im Sportausschuß - ich will nicht von Harmonie sprechen, aber - immer fair miteinander gespielt wird. Dafür möchte ich mich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister!

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung zum Einzelplan 05.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/2911 - Kapitel 05 300 neuer Titel "Personalverstärkungsmittel für öffentliche Schulen" - auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Der Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 05 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/2805 abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Die Beschlußempfehlung ist angenommen. Damit ist der Einzelplan 05 in zweiter Lesung angenommen.

(D)

Ich rufe jetzt die Nummer 7 auf:

Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung sowie auf die vorliegenden Änderungsanträge, eröffne die Beratung und erteile der Frau Abgeordneten Woldering von der Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Woldering (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schon im vergangenen Jahr haben wir an gleicher Stelle darauf hingewiesen, daß der Haushalt des Frauenministeriums außerordentlich mager ist. Wir haben weiter darauf hingewiesen, daß die Personalausgaben dieses Haushalts in